Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

19.03.1931 (Nr. 19)

Visual Library

Staatsbibliothek Bremen

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Einzelpreis 20 Pfg.

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstr. 26. Fernsprecher Domsh. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal. Bezugspreis monatlich 0.92 RM einschließlich Bestellgeld. Verlagsort Oldenburg (Oldbg.)

Anzeigen: 10-gesp. Nonpr.-Zeile 0,25, auswärts 0,30 Mk. Stellengef. und Fam.-Anz. 0,10 Mk. Kleine Anz. 0,15 Mk. Ersatzansprüche können nicht gestellt werden, wenn das Erscheinen irgendwie verhindert ist.

Nr. 19 | Sonnabend | 21. März | 1931

Blut klagt an!

Blutiger Versammlungs-Terror in Hemelingen.

Rot-Mord stürmt vergeblich den Saal. 9 SA-Männer zum Teil schwer verletzt. Grosser Sachschaden!

Am Mittwoch abend sollte in Hemelingen, im Alten Dorfkrug in einer Massenversammlung unser Pg. Engels, Berlin, sprechen. Schon lange vor Beginn hatte sich lichtscheues Gesindel aus der ganzen Umgegend in der Nähe des Versammlungslokales verteilt.

Kurz vor Beginn der Versammlung erschienen plötzlich in geschlossenem Zuge, mit mutigem Schlachtgesang ungefähr 150 bis 200 Reichsbanner und Antifaleute traulich vereint, die sofort eine „geistige" Auseinandersetzung mit Stühlen, Messern und anderen Waffen gegen unsere SA vom Zaune brachen.

In einem kurzen Augenblick spielte sich Unerhörtes ab. Die mutige Bremer SA versuchte den zähen Gegner aus dem Saale zu drängen, der auch von draußen große, schwere Pflastersteine durch die Fenster in unsere Reihen schleuderte. In kurzer Zeit wurde das rote Mordgesindel, Dank dem schneidigen Durchgreifen unserer SA mit blutigen Köpfen an die frische Luft befördert, doch kostete dieser Erfolg Blut deutscher Menschen, das hier wieder sinn- und vernunftlos vergossen werden mußte. Unsere SA hatte einen Verlust von 8 Verletzten, darunter 3 Schwerverletzte.

Das Gebrüll und Durcheinander, das Krachen der Stühle und Splittern der Scheiben, dieser unglückliche, traurige Wirrwarr läßt sich einfach nicht beschreiben. Vergrößert wurde das Chaos noch dadurch, daß unsere SA ohne Uniform antreten mußte, da in Hemelingen das unrechtmäßige Uniformverbot noch besteht. So ist es auch zu verstehen, daß mehrere unserer Leute im Gedränge nachher noch die Bekanntschaft mit den Gummiknüppeln der an und für sich sehr korrekten Bremer Schutzpolizei machen mußten.

Verletzt wurden folgende SA-Männer:
Pg. Loeblich, Kopfhieb, Gehirnerschütterung,
Pg. Loebe, Hiebverletzung,
Pg. Holthus, Kopfhieb,
Pg. Wundsam, Hiebverletzung,
Pg. Hecker, klaffende Stichwunde,
Pg. Tiemann, Wurfverletzung,
Pg. Pricken, Armverletzung,
Pg. Beckmann, Hiebverletzung.

Der erfreulicherweise schnell herbeigeeilte Chefarzt des Hemelinger Krankenhauses nahm sich unserer verletzten Kameraden hilfsbereit an. Bei näherer Betrachtung der Sachschäden stellten sie sich als recht erheblich heraus, allein über 15 große Fensterscheiben wurden durch das heldenhafte Steinwerfen der verhetzten Roten zerschmettert.

Uns kann nichts aus unseren Bahnen drängen. Um 8.50 Uhr konnte Pg. Thiele als Versammlungsleiter, unserem Redner Pg. Engels zu seinen zweistündigen Ausführungen das Wort geben, in denen er grundlegend mit dem heutigen Dienst abrechnete.

In der Diskussion sprach ein Kommunist, man denke sich nur, ein Nationalsozialist spräche nach einer Saalschlacht in einer kommunistischen Versammlung. — — Der Kommunist wurde ruhig angehört und konnte 15 Minuten seine alte Platte herunterleiern. Nach einem glänzenden und begeisternden Schlußwort unseres Pg. Engel schloß unsere, im Gegensatz zu dem verlogenen und dumm-dreisten Bericht der Arbeiter-Zeitung, überfüllte Arbeiterversammlung!!

Jeder Volksgenosse, der dort in Hemelingen Augenzeuge war, wird sich allein schon durch den Bericht der Arbeiterzeitung und der Bremer Volkszeitung von der gemeinen Verlogenheit und Unzuverlässigkeit der marxistischen Journaille überzeugen können!!

Auf der Rückfahrt nach Bremen wurde noch der SA-Mann Fischer durch einen heimtückischen Steinwurf aus dem dunklen Hinterhalt am Kopfe verletzt.

Es ist traurig, bittertraurig, daß die Dinge derart auf die Spitze getrieben werden! Jeder, der diesen Abend miterlebte, der alles mitansehen mußte, und die Wunden unserer SA. sehen konnte, der weiß, daß es in Deutschland einer Entscheidung entgegengehen muß. Dieser latente Bürgerkrieg ist das letzte Mittel einer abgebrauchten, überlebten Zeit gegen das erwachende Deutschland. Mancher nahm einen bitteren Haß mit nach Hause gegen die Drahtzieher, die Aufpeitscher und Bonzen, die aus ihren sicheren Winkeln heraus ihre Werkzeuge benutzen. Deutsche gegen Deutsche, Arbeiter gegen Arbeiter hetzen, denn nur Uneinigkeit, Klassenkampf, Mord, Betrug und Lüge sind die Brutstätten ihrer gemeinen Aktionen, ihrer hetzenden Parolen und ihrer verlogenen Machenschaften.

Wer glaubt, daß Blut abschreckt, der irrt! Das vergossene Blut unserer Kameraden ist für uns alle gleichsam eine Schuld, die wir bezahlen, abtragen und erledigen müssen. Abtragen, indem wir den schweren, dornigen Weg der Pflicht weitergehen, nicht rechts noch links schauen und nur ein Ziel kennen:

Deutschland!

Blut klagt an.

=s. Seit dem Fall Henning in Hamburg kann sich die Kommune und auch die SPD. nicht genug tun in Anklagen gegen die NSDAP. Dies war ein Einzelfall und darüber erhebt man großes Geschrei. Ueber Hamburg verhängte man sofort den Ausnahmezustand, um damit auch sämtliche Veranstaltungen der NSDAP. verbieten zu können. Diese Maßnahme fordert in Hamburg den schärfsten Protest heraus, denn sie ist keineswegs dazu angetan, das Uebel an der Wurzel zu fassen. Mit solchem Vorgehen kann man dem schleichenden Bürgerkrieg keinen Einhalt gebieten. Hat jemals die NSDAP. zu Gewalttätigkeiten oder politischen Morden aufgerufen? Hat die NSDAP. jemals versucht, auf illegalem Wege gegen das heute herrschende System, das System der Young- und Tributversklavung vorzugehen? Hat die NSDAP. nicht in ihrer gesamten Presse aufs schärfste diese unglückliche Tat verurteilt? Die Kommunisten riefen sofort zu einer großen Demonstration gegen die „mordende Nazipest" auf. Welchen Grund hätten dann wir, für jeden gemordeten und schwer verletzten Parteigenossen auf die Straße zu gehen!! Wir kämen Tag und Nacht nicht von der Straße, so groß ist die Zahl unserer Opfer. Mit den tollsten Schikanen versuchen die Sachwalter des November-Systems die ihnen so gefährliche und verhaßte Freiheitsbewegung in der Ausübung ihres verfassungsmäßigen Rechts zu behindern. Kann man sich dann noch darüber wundern, wenn sich bei den jungen Menschen unserer Partei allmählich eine Stimmung herausbildet, die einmal zu einer unüberlegten Handlung verleitet? Von den Gegnern wird ständig geschrien, von der KPD. über SPD. zum Reichsbanner:

„Schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft!"

Ist es da zu verwundern, daß diesen jungen Leuten beim ständigen Ansichhalten einmal die Galle überläuft? Wenn in Deutschland heute eine Art Bürgerkriegsstimmung herrscht, so sind daran die schuld, die die Verantwortlichen für dies schwarz-rote Korruptionssystem sind, die durch Versklavungs- und Wahnsinnspolitik die Voraussetzung schaffen, daß sich im Volke eine ständig wachsende Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen breit machen kann. Kein Tag vergeht, an dem nicht irgendwo im deutschen Vaterland S.A.-Leute von Moskaujüngern und roten Mordbanditen erschlagen werden. Doch das alles kann man unseren Volksgenossen nicht mit Worten beweisen, deswegen fügen wir heute einen ganz kleinen Auszug der Ueberfälle auf Nationalsozialisten bei, eine Aufstellung, die Bände spricht!

Kaiserslautern, den 16. März. Auf dem Heimweg wurden in der Nacht zum Montag der S.A.-Gruppenführer Becker und der Mechaniker Müller von 8 Reichsbannerleuten überfallen. Müller erhielt einen Stich in den Kopf und einen Stich unterhalb der Achsel. Müller mußte besinnungslos in das Krankenhaus gebracht werden. In der vorhergehenden Nacht wurden ebenfalls 2 Nationalsozialisten von einer Horde Reichsbannerleute beim Verlassen eines Lokales überfallen.

Kassel, den 14. März. Anläßlich des Landfriedensbruch-Prozesses Grebenstein, in welchem sich 97 Kommunisten mit insgesamt 13 Jahren, 196 Monaten und 115 Wochen Gefängnis, 5 Jahren, 3 Monaten Zuchthaus sowie 13 Jahren Ehrverlust als Vorstrafen wegen planmäßigen Ueberfalls auf eine nationalsozialistische Versammlung zu verantworten hatten, kam es zu unerhörten Gewalttaten. Beim Verlassen des Gerichtsgebäudes wurde der Frauenorden, das rote Hakenkreuz in Begleitung von einigen 20 Parteigenossen, die die Verpflegung unserer Parteigenossen besorgt hatten, von dem draußen harrenden roten Pöbel überfallen, beschimpft und mit Steinen und Knüppeln beworfen. Als um 6 Uhr abends 40 Nationalsozialisten zum Gerichtsgebäude zogen, um den dort weilenden Parteigenossen den dringend notwendigen Schutz zu verschaffen, wurden diese von einer großen, nach Tausenden zählenden Menschenmenge mit wüsten Schimpf- und Drohrufen empfangen, mit dem Ruf:

Stoßt ihnen das Messer in den Balg, werft sie in die Fulda, heute kommt ihr nicht mehr lebend davon!

Das kleine Häuflein wurde niedergeschlagen und zusammengetrampelt. Hunderte und Aberhunderte dieser Banditen hatten die hoffnungslose Minderheit niedergeprügelt. 2 unserer blutüberströmten Parteigenossen konnten nur in letzter Minute durch die Geschicklichkeit eines Pg. davor bewahrt bleiben, über eine 15 Meter hohe Mauer in die Fulda geworfen zu werden. Eine große Anzahl Schwer- und Leichtverletzter waren die Folge dieses gemeinen Ueberfalles.

Demmin, 5. März. An diesem Tage überfiel eine große Horde Kommunisten einzelne Parteigenossen und S.A.-Männer und Hitler-Jugend, insgesamt wurden 6 Parteigenossen durch Messerstiche, Schläge mit Gasrohren und Knüppeln teilweise schwer verletzt. Einige der Verletzten erhielten 5, 6 und mehr Messerstiche.

Altona, 16. März. Das „Hamburger Tageblatt" meldet, daß in der Nacht zum Montag Schüsse auf ein nationalsozialistisches Verkehrslokal abgegeben wurden, wodurch ein S.A.-Mann so schwer verletzt wurde, daß er hoffnungslos darniederliegt. Ein zweiter Schwerverletzter war unbeteiligt und kein Mitglied der NS.-DAP.

Gelsenkirchen, den 16. März. In dem Stadtteil Buer und Horst fanden am Sonntag nationalsozia-

listische Versammlungen statt. Beim Nachhausewege lösten sich in Horst 15 Personen vom Zug ab, um zu ihrer Wohnung zu gelangen, hier wurden sie von Kommunisten überfallen, und 6 Nationalsozialisten schwer verletzt. Die Polizei hat 12 Personen zwangsgestellt.

Braunschweig, den 16. März. Nach Meldung durch die braunschweigische Landeszeitung wurden im Konzerthaus 2 Nationalsozialisten (der Stadtverordnete Masche und Pg. Bluchau) von Reichsbannerleuten in größerer Zahl überfallen und von den Angreifern mit Messern schwer verletzt. Auch der Sohn des Lokal-Inhabers wurde zu Boden geschlagen und ein Kellner erhielt eine Verletzung am Arm.

Dortmund, den 16. März. 3 Nationalsozialisten, welche in Dortmund-Bodelschwingh einen Besuch gemacht hatten, wurden von Kommunisten überfallen und mußten sich in das Haus des Gastgebers zurückziehen. Die Kommunisten schlugen darauf die Wohnungstür ein, zertrümmerten die Fensterscheiben und begannen eine Schlägerei innerhalb des Hauses. Bei diesem Kampf schlug ein Kommunist mit einem Spaten auf die Nationalsozialisten ein. Der Schlag ging aber fehl und traf einen seiner eigenen Genossen, der eine klaffende Kopfwunde davontrug. Die herbeigerufene Polizei nahm 3 der Haupttäter fest.

Cleve, 16. März. Zum sechsten Mal wurde jetzt innerhalb kürzester Zeit ein hiesiger S.A.-Mann von einer größeren Gruppe Kommunisten überfallen und aufs schwerste verletzt. Heute erreichte unseren S.A.-Mann Schnabel das gleiche Schicksal. Auf einem Geschäftsgang wurde er plötzlich hinterrücks überfallen und von mehreren Seiten mit Dolchen und Messern derart schwer verletzt, daß er bald darauf aus mehreren klaffenden Wunden blutend, bewußtlos zusammenbrach. Beim Herannahen der Polizei suchten diese feigen Halunken ihr Heil in der Flucht.

Eberswalde, 16. März. In Finowfurt kam es am Sonntag im Verlauf einer Kundgebung zu schweren Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und der Polizei. 4 Landjäger und ein Polizist wurden zum Teil erheblich verletzt. 17 Kommunisten wurden wegen Waffenbesitzes festgenommen und dem Eberswalder Gerichtsgefängnis zugeführt.

Leipzig, den 16. März. In der Nacht zu Sonnabend sind in Leipzig-Leutzsch 15 uniformierte Nationalsozialisten, vom Versammlungsschutz heimkommend, durch 50 Kommunisten überfallen worden. 2 Nationalsozialisten wurden mit Schußverletzungen ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei nahm eine Anzahl Nationalsozialisten fest, die leicht erkennbar waren, weil sie uniformiert waren. Die Kommunisten konnten spurlos flüchten. Noch in derselben Nacht bei Nationalsozialisten durchgeführte Haussuchungen blieben aber ohne Ergebnis.

Freiberg (Sachsen), den 16. März. Am Sonnabend fand in Branderbisdorf eine gut besuchte Versammlung statt. Zu Beginn der Versammlung beschimpfte die anwesende Kommune unsere S.A. und begann mit Stuhlbeinen und Biergläsern auf sie einzuschlagen. Im sofortigen Gegenangriff warfen 26 S.A.-Leute 140 Mann Kommunisten aus dem Saal, hierbei wurden 2 S.A.-Kameraden schwer und 5 leichter verletzt, darunter auch der Redner. Die Versammlung konnte alsdann fortgesetzt werden.

Danzig, den 17. März. Hier wurde der S.A.-Mann Schneider heute in seiner Wohnung von 2 im gleichen Hause wohnenden Kommunisten überfallen. Der sich dort aufhaltende S. A. Mann Steckel wollte Hilfe leisten und erhielt dabei von den Kommunisten einen Stich ins linke Auge. Steckel mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. Die Messerhelden der Kommune wurden verhaftet.

Neumünster, den 17. März. Anläßlich eines kommunistischen Demonstrationszuges kam es zu blutigen Ueberfällen. 3 Nationalsozialisten und 2 Angehörige des Kyffhäuserbundes wurden von einer sich aus dem Umzug lösenden Horde grundlos überfallen und durch Faustschläge und Fußtritte so schwer verletzt, daß sie sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten.

Breslau, den 17. März. Am Sonntag abend gerieten in Karlsmarkt in Schlesien einige Nationalsozialisten in eine sozialdemokratische Versammlung. Die Hörsing-Garde schlug plötzlich mit Zaunlatten und anderen Geräten auf unsere Parteigenossen ein, wobei der S.A.-Mann Adolf Gerstenberger einen wuchtigen Hieb über den Kopf bekam, durch welchen ihm die Schädeldecke zertrümmert wurde. Gerstenberger ist am Montag abend im Krankenhaus zu Breslau seinen furchtbaren Verletzungen erlegen. Die schlesische S.A. verliert nunmehr innerhalb weniger Monate den 5. Kameraden durch rotes Untermenschentum.

Oberschlesien — Deutsches Grenzland.

—s. Oberschlesien war stets Grenzland im wahrsten Sinne des Wortes. Die eigentliche Urbevölkerung ist nur bis in das 6. Jahrhundert vor Christi nachgewiesen. Sie war weder germanisch noch slawisch und ist wohl später ausgestorben. In den ersten Jahrhunderten waren ackerbauende, wehrhafte Vandalen Bewohner des Landes. Erst um die Zeit des 13. Jahrhunderts fand eine eigentliche deutsche Besiedlung statt. Diesen Charakter hat es bis auf den heutigen Tag bewahrt und wie ein Hohn wirkt es, wenn Wilson dieses Land zu „einem Land mit unzweifelhaft polnischer Bevölkerung" stempeln wollte. In der auf den 20. März 1921, dem Tage der Volksabstimmung, folgenden Zeit hat Oberschlesien, bis zur endgültigen Grenzfestsetzung, am 16. Juni 1922, dem Tage, da Polen das bislang deutsche Gebiet übernahm, mehr durchgemacht und erlebt als manches Land in jahrzehntelanger Geschichte. Am 20. März 1921 wurden von 1 186 758 Stimmen 707 393 für Deutschland abgegeben. In Emland und Masuren war das Verhältnis für Polen noch viel ungünstiger. Aber von den polnischen Vertretern unaufhörlich gehetzt, setzten unsere verbündeten Feinde Gewalt an die Stelle von Recht. Das Abstimmungsergebnis wurde gefälscht und wertvolle Teile guten deutschen Landes fielen an Polen. Von 67 Steinkohlengruben mußten wir 53 abgeben, von 15 Zink- und Bleigruben wurden 10 gestohlen und von 14 Stahlwerken 9 und von 37 Hochöfen 22 an Polen abgegeben. Wieweit die Habgier und Gemeinheit ging, davon zeugt heute allen Deutschen noch ein schmaler Landfinger der zwischen Hindenburg und Beuthen in einer Breite von etwa 1½ Kilometer in deutsches Land hineinragt, nur um ein zu einem abgetretenen Bergwerk gehöriges Knappschaftslazarett zu ergattern. Zur Abstimmung haben die heimattreuen Oberschlesier voll und ganz ihre Pflicht getan und nachdem sie wieder in ihren Wohnsitz zurückgekehrt waren, haben deutsche Freischaren in Verbindung mit dem Selbstschutz versucht, das Land vor dem Polenterror zu schützen. Unsägliche Leidenszeit für unsere Brüder an der Grenze. Aber aller Kampf, alle Opfer haben nichts genützt, denn als der Grenzschutz und die Freikorps zum entscheidenden Schlage ausholten, die Insurgenten mit blutigen Köpfen heimschickten, fiel ihnen Frankreich in den Rücken und vereitelte den Erfolg. Aber einst wird auch der Tag kommen, an dem unsere deutschen Brüder in Oberschlesien wieder Deutsche sein können in einem deutschen Vaterland. Dafür werden auch wir kämpfen mit unserem großen Führer Adolf Hitler.

Tretet ein in die SA.

Der Youngprolet kann's zahlen.

Die Haare sträuben sich einem, wenn man angesichts unserer Notzeit, angesichts einer 5 Millionen-Armee von Erwerbslosen erfährt, wie mit den Hungergroschen eines wirtschaftlich vor dem Abgrund stehenden Volkes umgesprungen wird.

Schon bei der Prüfung der Jahresabrechnung des Haushalts 1929 stellten die Nationalsozialisten viele Posten fest, deren Verwendung oft geheimnisvoll in tiefstes Dunkel gehüllt war.

Da tauchen unter Rubrik: Ausgaben für die politische Orientierung der Reichsregierung 139324 Mark (Spitzelgelder!) auf. Es ist geradezu ein Hohn, wenn man dann erfährt, daß zur Stärkung des republikanischen Staatsgedankens „bloß" 174000 Mark herausgeworfen wurden, und daß die Verfassungsfeier (bekanntlich auch Würstchen-Tag geheißen) den deutschen Steuerzahler „nur" 126000 Mark kostete. Aber das Tollste von Allem war doch, daß man zur Bekämpfung des Volksbegehrens gegen den Youngplan 349 000 Mark ausgegeben hatte. Einfach reizend! Der deutsche Prolet mußte die Abdrosselung seines eigenen Kampfes gegen den Schandplan noch mit seinen Steuergroschen bezahlen.

Als nun die Nationalsozialisten im Reichstag eine genauere Bezeichnung dieser Ausgaben verlangten, als sie dringend um die Bekanntgabe der bezahlten Personen und Organisationen baten, wurde natürlich ihr Antrag mit einer großartigen Handbewegung beiseite geschoben.

Denn, was braucht das dumme Volk auch zu wissen, wohin seine Groschen wandern, wieviel das Reichsbanner für seinen Kampf (Krampf) gegen die bösen Nazis bekommt, und was einem Hohen Herrn ein Phrasenschwall am Rundfunk einbringt, das ändert ja doch nichts und macht auch niemanden satt!

Im Haushaltplan für 1931 geht es lustig mit dem Ausgeben weiter. Da finden wir beispielsweise 200 000 Mark für persönliche und sachliche Kosten und Maßnahmen zum Schutze der Republik und für die Verfassungsfeier der Reichsregierung. Gott, wir haben's ja!

Daß dies alles die Zuneigung zum System erhält und fördert, ist wohl kaum fraglich.

Doch sollte die Liebe heiß erglühen, sollte die Zuneigung überfließen, so hilft dann gar der Gummiknüppel, denn bekanntlich geht ja alle Gewalt vom Volke aus.

Oder aber es regnet Zeitungsverbote, Redeverbote, Demonstrationsverbote und Versammlungsverbote, sogar der Belagerungszustand wird verhängt.

Bebel hat einmal gesagt: „Mit dem Ausnahmezustand selbst kann jeder . . . . regieren".

Deutscher Volksstaat und nicht sozialistischer Klassenstaat.

Von Hugin.

Auf der Reichsbannertagung zu Bochum hat Herr Löbe es verkündet, daß das sozialistische Wirtschaftssystem unbedingt das kapitalistische, welches einen Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch nicht habe schaffen können, ablösen müsse und so nebenbei betont er, daß die SPD. nur mit geistigen Waffen kämpfe, daß sie aber an dem Tage, an welchem die Republik und ihre Fortentwicklung zum sozialen Volksstaat verteidigt werden müsse, bereit sei, auf jedem Kampfplatze dafür zu kämpfen.

Daß insbesondere in der Zeit des Hochkapitalismus durch die rücksichtslose Betonung der rein privatwirtschaftlichen Interessen und ihre oft brutale Durchführung schwer am deutschen Volke gesündigt wurde und noch gesündigt wird, ist jedermann klar, aber ebenso klar ist es, daß vor allem der wahnsinnige Erfüllungswillen der Marxisten und Demokraten dem internationalen Kapitale die Möglichkeit zur schrankenlosen Ausbeutung Deutschlands gibt. Es hätte uns aber interessiert, wenn der große Zauberer Löbe etwas darüber gesagt hätte, wie das sozialistische Wirtschaftssystem die Aufgaben lösen werde, die das kapitalistische nicht habe lösen können, wenn er positive Worte über die kommenden Segnungen, die Deutschland vom sozialistischen Wirtschaftssysteme zu erwarten hätte, geäußert hätte. Denn das große Wort von der Notwendigkeit des bedingungslosen Verkürzens der Arbeitszeit ist weder neu, noch innerlich wahr und überzeugend, da in dieser Form, wie es die Sozialdemokratie verwirklicht wissen will, diese Maßnahme zwar einige Tausend Arbeiter wieder in den Produktionskreis einschalten könnte, dafür aber den heute noch Beschäftigten schwere Einbußen an ihrem ohnehin schon mageren und durch Kurzarbeit stark verminderten Einkommen bringen und so unbedingt zu Lohnerhöhungen und Preissteigerungen führen würde, dabei außerdem keinerlei Gewähr für die weitere Fortführung der Betriebe und Sicherung des Arbeitsplatzes für die noch Beschäftigten und die Neueingestellten bieten könnte.

Wir erwarten von zwei Grundvoraussetzungen die Rettung aus der Not: vom Abbaue der ungerechtfertigten untragbaren Tributlasten und Regelung des Schuldenproblems einerseits und einer auf einem erstarkten und richtig eingeschätzten Inlandsmarkt aufgebauten nationalen, innerlich gesunden Volkswirtschaft andererseits, die, wie es ehedem war, einen Einklang schafft zwischen den Lebensbedürfnissen und -verhältnissen des Einzelnen und der Gesamtwirtschaft und darum allen Erwerbsständen ein gleiches Daseinsrecht und eine Daseinsmöglichkeit schaffen muß.

Uns rührt nicht so sehr die mit großer Geste vorgetragene Ankündigung vom kommenden sozialistischen Volks- — soll wohl heißen — Klassenstaat, der als Gipfel der Sehnsuchtsträume in den Köpfen der roten Volksbeglücker spukt, wir wissen sogar, daß dieser sozialistische Volksstaat reinsten Wassers" in der Welt schon irgendwo, nämlich in Rußland existiert und empfehlen allen, denen die „nationale Welle" in Deutschland so unbehaglich ist, in dieses Paradies auszuwandern, sie werden ihre Träume dort verwirklicht sehen, wo der Fünfjahrplan unter rücksichtslosester Ausnützung aller verfügbaren Produktionsmittel in Tag- und Nachtschichten bis an die äußerste Grenze menschlicher und materieller Leistungsfähigkeit durchgeführt wird, wo der Bolschewismus die Methoden des kapitalistischen Systems sich in gesteigertem Maße zunutze gemacht hat. Es soll sogar deutsche Genossen geben und solche aus anderen Nationen, die dort aus den roten Traumwolken gefallen sind und in die Hölle des nichtsozialen Heimatstaates zurückkehrten. Uns interessiert aber vielmehr das darin haltende vielsagende Bekenntnis, daß es den roten Rufern in der Wüste trotz aller eifrigen Bemühungen und harmloser Terrorakte bis heute noch immer nicht gelungen ist, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit für seine roten Ideale zu erwärmen, für jenen Staat, wo vielleicht Leute vom Format Barmat, Sklarek usw. die Stützen der roten Parteithrone sein werden. Ja das deutsche Volk will eben sein Heil nicht erkennen und da sollen ein paar freundliche Drohungen eben ein bißchen nachhelfen. Darum in Bochum dieselbe Melodie, die auch schon Crispien, der Mann, der kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, in Berlin gesungen hat und der streitbare Führer des Reichsbanners in Husum und vielleicht noch deutlicher jüngst in Bremen laut werden ließ, mit dem harmlosen Texte, alle Nationalsozialisten bis auf den letzten Mann zu vernichten. Wir erinnern uns, daß man im dunklen Mittelalter einst die bequeme Methode gekannt hat, Gegner auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen. Die moderne Demokratie scheint einen Bürgerkrieg den überzeugenden Geisteswaffen vorziehen zu wollen.

Was das deutsche Volk vom sozialistischen Klassenstaate zu erwarten hätte, zeigt nicht nur das Beispiel Rußlands, davon kann auch das, was die marxistischen Volkstribunen und Bonzen bisher geleistet haben, einen Vorgeschmack geben. Ihr Sündenregister ist zu bekannt, als daß wir es nochmals aufzählen müßten. Die sozialdemokratische Partei hat immer das Klasseninteresse bewußt der Volksgemeinschaft entgegengestellt, sie kann niemals konstruktiv wirken, da sie ihrer ganzen Natur und Tradition nach destruktiv ist, sie bleibt der Geist der stets das verneint, was dem deutschen Wesen entspricht. Die sozialdemokratischen Machthaber konnten wohl das Deutsche Reich an seine Feinde verraten — wir erinnern nur an die Berichte der beiden französischen Leutnants Desgranges und de Belleval im Matin vom 22. und 23. Mai 1930 „En mission chez l'ennemi" — aber sie waren heilfroh daß das alte Reichsgefüge so fest hielt und das deutsche Volk so geduldig war. Sie spotten über das Fürstentheater von einst, sie bekämpfen den bürgerlichen Staat und haben doch keinen größeren Ehrgeiz, als sich die Annehmlichkeiten und Gepflogenheiten bürgerlicher Lebenshaltung und Kulturerrungenschaften zunutze zu machen, wie das private Leben so vieler marxistischer Führer zeigt.

Das wiedererwachte deutsche Volk bedankt sich für die Segnungen des Klassen- und Fürsorgestaates marxistischer Heilverkünder, es will, wie der 14. September 1930 bewiesen hat, den deutschen Volksstaat, wo Freiheit und Recht in deutschem Sinne herrschen und Politik im Geiste der deutschen Volksgemeinschaft getrieben wird.

Unser Kampf um die Betriebszelle.

Marschrichtung auf unsere Betriebszellen — das Ziel des Kampfbundes gegen den Faschismus.

Die Kommunisten wissen zu genau, daß der unaufhaltsame Vormarsch unserer Betriebszellen-Organisation in nicht mehr allzu langer Zeit ihren Lebensnerv berührt. Unser Einbruch in die Betriebe bedeutet für die Moskausöldlinge der Alarmruf zum Verzweiflungskampf gegen die „Nazipest". Was der KPD. bis jetzt trotz reichlicher russischer Geldmittel, trotz guter Organisation und trotz der für sie immerhin günstigeren Stimmung der Arbeiterschaft nicht gelungen ist, nämlich große und entscheidende Arbeiterschichten für sich zu gewinnen, soll nunmehr durch lächerliche Terror-Organisationen erreicht werden. Vor allem geht es der KPD. darum, uns Nationalsozialisten die aus ehrlicher Ueberzeugung zu uns gekommenen Arbeiter der Hand und des Kopfes wieder „abzujagen". Man will — wie sie es in ihren ellenlangen Resolutionen ausdrücken — die „proletarischen Elemente" der NSDAP. vom „Klassenfeind" loslösen und sie wieder zur alleinseligmachenden KPD. zurückführen. Da wahrscheinlich die KPD. für diese Arbeit selbst zu anrüchig geworden ist, hat man eine neue Organisation (an Stelle des ehemaligen „Roten Frontkämpferbundes") aufgezogen — den „Kampfbund gegen den Faschismus". Als „Reichsleitung" (lies: Strohpuppe) fungiert ein gewisser Ernst Reinke, Berlin-Lichtenberg, Herzbergstr. 110/114. Am 10. Oktober v. Js. erschienen sogenannte „Organisations-Richtlinien", deren § 1 also lautet:

„Der Kampfbund gegen den Faschismus ist eine zentrale Reichsorganisation. Er betrachtet es als seine Aufgabe, alle Organisationen und Einzelpersonen, die bereit sind, einen organisierten politisch-ideologischen Massenkampf gegen den Faschismus, insbesondere gegen die Nationalsozialisten zu führen, zur Stärkung unserer einheitlichen geschlossenen Führung dieser Kampfzentrale zusammenfassen."

Bezeichnenderweise soll nach den Richtlinien der „politisch-ideologische Massenkampf gegen den Faschismus" in erster Linie in den Betrieben geführt werden. Damit ist die wahre Aufgabe dieses famosen „Kampfbundes" enthüllt: seine ausschließliche Tätigkeit soll in der Zerschlagung unseres Betriebseinflusses liegen! Der betreffende Abschnitt sagt hierüber eindeutig:

„Kampf dem Werkfaschismus in jeder Form. Schärfster ideologischer Kampf gegen die nationalsozialistischen Betriebsgruppen im Kampfe gegen die Versuche der Nazis, in den Betrieben solche Gruppen zu schaffen, durch planmäßige politische Bearbeitung der Arbeiter, die von den sozialdemagogischen Phrasen der Nazis verwirrt, entweder solchen Gruppen angehören oder versuchen, solche zu schaffen.

Kampf gegen die nationalsozialistischen Betriebszeitungen und anderes Betriebs-Agitations- und Propagandamaterial der Nazis durch Herausgabe eigenen Materials.

Planmäßige Organisierung von Werkstätten-, Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen gegen den Faschismus. Uebernahme des Schutzes dieser Versammlungen und Referenten sowie die Uebernahme des Schutzes von Korreferenten, in den von den Nazis einberufenen Werkstätten-, Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen.

Entschiedener Kampf gegen den Streikbruch und Streikbruchversuche der Nazis und andere faschistischer oder halbfaschistischer Organisationen, Streikschutz und Kampf für die Entfernung faschistischer Elemente, die nicht zu überzeugen sind, aus den Betrieben.

Insbesondere schärfster Kampf gegen alle Versuche der Nazis, faschistische Gewerkschaften zu errichten."

Die Mittel zur Zerschlagung unserer Betriebszellen sind die „Betriebswehren":

„Die Betriebswehren, die Erwerbslosenstaffeln sowie alle übrigen Staffeln gliedern sich in Gruppen von je 18 Personen, dabei werden die Männer und Frauen in den Erwachsenenstaffeln und die jugendlichen Arbeiter und Mädchen in Jugendstaffeln zu besonderen Gruppen zusammengefaßt."

Bisher haben wir nicht in Erfahrung gebracht, daß der „Kampfbund gegen den Faschismus" mit seinem fürchterlichen Vernichtungsprogramm wesentliche Erfolge erzielt hat. Die ganzen aufgemachten „Läden" der Moskauer Firma (man denke z. B. nur an die selig entschlafenen „Erwerblosenkongresse"!) ziehen bei der denkenden Arbeiterschaft nicht mehr. Die ewigen Tiraden über die „Nazi-Streikbrecher" — obwohl der Arbeiterschaft der heldenhafte Kampf der nationalsozialistischen Arbeiter bei den verflossenen großen Streiks (Ruhr-Bergbau, Mansfeld, Berliner Metallindustrie) bekannt ist — haben eben das Gegenteil vom Gewollten hervorgebracht: nämlich die Abwanderung in die nationalsozialistischen Betriebszellen.

Hieran kann auch kein noch so auf tönernden Füßen stehender „Kampfbund gegen den Faschismus" etwas ausrichten, weil eben die Abwanderung der betrogenen Arbeiterschaft zum Nationalsozialismus gesetzmäßig ist.

„Methode Severing".

Berlin, 18. März. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Minister des Innern in einem neuen Runderlaß das Verhalten der Polizei bei Verfolgung von Fällen grober Beleidigung von Reichs- und Staatsregierung „neu geregelt". Es wird daher in dem Runderlaß darauf hingewiesen, daß bei allen öffentlichen Versammlungen mit besonderer Sorgfalt geprüft werden soll, ob die Voraussetzungen für ein polizeiliches Einschreiten gegen die Versammlung als solche gegeben sind. Insbesondere macht der Minister darauf aufmerksam, daß bei Versammlungen, bei denen im voraus offenbar werde, daß es sich um eine unfriedliche (d. h. natürlich auch national-sozialistische) Veranstaltung handle, diese nicht nur nach Beginn aufgelöst, sondern auch schon vorbeugend verboten werden könne.

Ein besonders geeignetes Verfahren, gröbliche Beleidigungen, die als solche ohne weiteres erkennbar seien, möglichst auf der Stelle empfindlich zu ahnden, biete ferner das in Paragraph 212 des Str.G.B. geregelte beschleunigte Verfahren. Nach dieser Vorschrift könne zur Hauptverhandlung geschritten werden, wenn die Beschuldigten infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt werden. In diesem Zusammenhang weist der Minister darauf hin, daß das bezeichnete Verfahren sich auch gegen Abgeordnete zur Anwendung bringen lasse. Dieses Verfahren nach § 212 Str.G.B. werde sich namentlich bei Wanderrednern empfehlen. In allen Fällen, in denen der Beschuldigte nach vorläufiger Festnahme dem Gericht vorgeführt wird, ersucht der Minister die örtlichen Polizeibehörden, mit größter Beschleunigung ihm unmittelbar fernmündlich oder drahtlich zu berichten, um rechtzeitig die Stellung eines Strafantrages seitens der Beleidigten herbeizuführen.

NSDAP Bremen.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 8.30 bis 20 Uhr durchgehend.
Postscheckkonto: Hamburg 79 121 Wilh. Mohrmann.
Ortsgruppenleiter: Pg. Kurt Thiele, M. d. R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16.30 bis 18.30 Uhr zu sprechen.)

Sektions-Sprechstunden.

Sektion Westen.

Der Sektions-Führer West ist jeden 1. und 3. Dienstag eines Monats auf der Geschäftsstelle, Pelzerstraße 12/13, zwischen 7½ und 8½ Uhr abends zu sprechen.

Sektion Habenhausen.

Der Sektions-Führer Habenhausen ist jeden 1. und 4. Dienstag in seiner Wohnung zu sprechen.

Sektion Neustadt.

Der Sektions-Führer Neustadt ist jeden Montag und Dienstag abend von 8—10 Uhr in seiner Wohnung zu sprechen.

S.A. (Sturmabteilung).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 10 bis 14 und 16 bis 20 Uhr.
Sonnabends von 10 bis 14 Uhr.

H.J. (Hitler-Jugend).

Geschäftsstelle: Simonstraße 25 II.
Sprechst. des O.G.F. Sonnabend nachm. 17—19 Uhr.

N.S.S. (Nationalsozialistischer Schülerbund).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

B.N.Z. (Bremer Nationalsozialistische Zeitung).

Geschäftsstelle: Bahnhofstraße 26 II.
Fernsprecher: Domsheide 25 878.
Geschäftszeit: 8.30—13 und 15.30—20 Uhr.
Postscheckkonto: Hamburg 74738.
Bankkonto: Sparkasse in Bremen.
Deutsche Antioquia-Bank Bremen.

Versammlungen.

Am 25. März: Pg. Hauptmann Göring, Berlin, im Casino, 20.30 Uhr.
Am 31. März: Pg. Zietlow, Berlin, im Odeum, Woltmershausen, 20.30 Uhr.
Am 10. April: Pg. Zörner, Braunschweig, in Sieler's Festsälen, 20.30 Uhr.

Kulturabteilung.

Am Freitag, den 27. März 1931, hält Pg. Dr. v. Hoff einen Lichtbildervortrag über „Volk und Rasse" im kleinen Casinosaal, abends 8.30 Uhr.
Am 21., 22., 23. und 24. Ostermond (April) 1931: Abends 20.30 Uhr Schulungskursus über die Lehre des Marxismus im kleinen Casino-Saal. Eintritt nur gegen Sonderausweis, der von dem Organisationsleiter ausgestellt wird.

Kriegsbeschädigte.

Der Obmann für Kriegsbeschädigtenfragen ist jeden Donnerstag in der Zeit zwischen 7 und 8 Uhr abends auf der Geschäftsstelle zu sprechen.

Erklärung.

Die Fraktion hat der Erklärung des Pg. R. Ahlemann in der Sitzung der Bürgerschaft vom 27. Febr. 1931 nach eingehender Prüfung nichts hinzuzufügen und deckt diese Erklärung.

Fraktion der N.S.D.A.P. in der bremischen Bürgerschaft.

Achtung! Flugblätter!

Wir bitten die Pg. von sämtlichen Flugblättern, die sie von anderen Parteien erhalten, je ein Exemplar auf der Geschäftsstelle abzugeben.

SA Ecke

Die „Mordburg der Nazis" am Steintor.

So bezeichnet das Bremer kommunistische Schandblättchen unser SA-Lokal Grützmacher vor dem Steintor.

In einem völlig verlogenen und sich widersprechenden Artikelchen meint sich das Blättchen mit einigen Vorfällen beschäftigen zu müssen, um den bösen Nazis, diesen Arbeitermördern mal wieder ordentlich etwas am Zeuge zu flicken, daß dabei die harmlosen und friedlichen Antifaleute als reine Unschuldsengel erschienen, ist ja ganz klar.

Kurz nur zwei bezeichnende Fälle aus unserer „Mordburg":

Eines Abends große Schimpferei auf die Nazi-Mörder und Arbeiterverräter vor den Fenstern von Grützmacher. Ein SA-Mann stellt die Schimpfer zur Rede, und schon ist die schönste Schlägerei im Gange. Die Kommune flüchtet, die Polizei erscheint und alles ist wieder ruhig.

Am letzten Sonnabend stürmen 5 rote Helden in unser Sturmlokal und brüllen in mutigem Kriegston: „Wo sind die Nazis, diese Hunde", und wie es in diesen Tönen in der Leier weiter geht. — Nichts rührt sich. Als dann aber die Helden in übelster Weise unsere Führer beleidigen, „bitten" zwei anwesende SA-Männer die Rot-Mord-Kämpfer vor die Türe, und draußen wird die Sache prompt und eiligst erledigt. Erfolg: Kommune flüchtet!!

Und das nennen die Feiglinge nun Mordburg. Ein ordentlicher Betrieb ist das! Sie sollen uns wenigstens in unserem Sturmlokal ungeschoren lassen, andernfalls können die Sowjetjünger wie in diesen beiden Fällen wieder einmal die deutliche Sprache deutscher Arbeiterfäuste zu spüren bekommen.

Das wäre alles!

Ein SA-Mann vom Sturm 2

S. A. Mann und Kulturkampf.

Lange schon sehe ich mir den Kampf der katholischen Geistlichkeit gegen die NSDAP an. Als Katholik und SA Mann kann ich nicht umhin, hierzu mal ein ernstes Wort zu sprechen und diese geistlichen Herren auf das Verwerfliche ihres Tuns hinzuweisen.

Zuerst erlaube ich mir die Frage: was veranlaßt sie, sich von der Kanzel aus überhaupt mit Politik zu befassen? Werden sie als Seelsorger besoldet, oder aber als Zentrumsparteiredner? Ist die Kirche ein Gotteshaus oder ein Versammlungslokal?

Wenn die Seelsorger sich berufen fühlen, ihre Gläubigen für die Politik des Zentrums zu gewinnen, dann sollen sie mit anständigen Mitteln arbeiten und nicht mit Mitteln, mit denen sie ihre Anhänger aus der Kirche heraustreiben. Ich räume jedem Geistlichen das Recht ein, als Seelsorger der katholischen Kirche ihren Mitgliedern ein Grübeln über die Dreieinigkeit Gottes oder andere kirchliche Lehren zu verbieten. Aber zu verbieten, darüber nachzudenken, welche Organisation das Wohl des deutschen Volkes am meisten im Auge hat, und dieser beizutreten, verbitte ich mir als Katholik von jedem katholischen Geistlichen.

Wenn das Zentrum (eigentlich doch die Partei des katholischen Deutschland) einen jüdischen Reichstagsabgeordneten in den Reihen hat oder in verschiedenen Gegenden gemeinschaftliche Wahllisten mit der KPD. aufstellte, so muß man sich fragen, ob den Führern nicht das Gehirn eingefroren ist. Ausgerechnet Parteien wie die KPD., welche an den Kirchentüren Flugblätter verteilt mit dem Inhalt: Religion ist Opium für das Volk, welche alles Kirchliche, Göttliche bekämpfen und zerstören will, wird in ihrem Kampf, ihrem Wachsen vom katholischen Zentrum unterstützt.

Glücklicherweise ist ein großer Teil des katholischen Deutschlands bereits zur Einsicht gekommen und hat sich von den Zentrumsführern losgesagt.

Wenn die Herren Bischöfe durch Redeverbote und Verweigerung der Sakramente ihre Anhänger zwingen wollen, eine bestimmte politische Richtung einzuhalten, dann dürfen sie sich bestimmt nicht wundern, wenn sie das Gegenteil von dem erreichen, was sie wollen. Ich für meine Person würde mir einen solchen Gesinnungszwang gewiß nicht gefallen lassen.

Die NSDAP besaht den christlichen Glauben als solchen, gleich welcher Konfession und wenn das Zentrum einschließlich der hohen Geistlichkeit weiterhin die Hauptstütze der glaubensfeindlichen Parteien sein will, so beweist es damit nur, daß es auch gleichzeitig der Feind eines erwachenden großen glaubensstarken Deutschland ist und wird erleben, daß von dem einst so starken Zentrum nur noch ein Trümmerhaufen übrig bleibt.

SA-Mann B...

Geschäftliches.

Warum muß jeder Mitglied der „Gemeinnützigen Bürgerlichen Bestattungskasse" in Bremen, Kurze Wallfahrt Nr. 9 (Ecke Molkenstr.) werden? Weil der Monatsbeitrag pro Familie einschließlich Kinder bis zum vollendeten 17 Jahre nur 50 Pfennig beträgt und hierfür kostenlose, würdige Bestattung im Todesfalle gewährt wird. Die Bestattungen werden nach freier Wahl von Bremer Bestattungs-Instituten ausgeführt. Da Gewinne satzungsgemäß nicht erzielt werden dürfen und der Verwaltungsrat sowie Vorstand ehrenamtlich tätig sind, so kommen alle Ueberschüsse lediglich den Mitgliedern wieder zugute. Die Kasse übernimmt die Bestattung seiner Mitglieder nach den Sätzen der eingeführten Normalbestattung und zwar: Leineneinkleidung, guter zölliger Holzsarg, Ueberführung zum Friedhof, Grabstelle oder Verbrennung, Dekoration in der Kapelle, Musik in der Kapelle bei der Trauerfeier sowie die Unkosten auf dem Friedhofsamt. Die „Gemeinnützige Bürgerliche Bestattungskasse" besitzt einen erheblichen Sicherheitsfonds, welcher für die Stabilität der Kasse bürgt. Es dürfte in der heutigen schweren Zeit ein Gebot der Notwendigkeit sein, Mitglied der Kasse zu werden. Sowohl in der Geschäftsstelle (Kurze Wallfahrt Nr. 9) als auch bei den Bestattungs-Instituten wird weitere Auskunft erteilt und werden Anmeldungen entgegengenommen.

Unserer heutigen Stadtauflage liegt eine Beilage der Wiking-Kaffee-Rösterei, Bremen, Langenstr. 26, bei, auf die wir unsere geschätzten Leser besonders hinweisen möchten.

Für den Inhalt verantwortlich: Johannes Claus, Bremen.
Druck und Verlag: Ad. Isensee, Oldenburg. Fernsprecher 4134.

Angestellte! Nur Liste 4 (DHV.)

Stadttheater.

Heute, 20 Uhr, 188. Ab.V. Ende ungef. 22.45 Uhr.

Der Troubadour
Oper in 4 Akten von G. Verdi

Sonntag 15 Uhr (59 Nachm.vorst.)
Der grosse Schlager
Die drei Musketiere

19.30 Uhr, 139. Ab.V., Ende ungef. 23.15
In neuer Einstudierung:
Der Rosenkavalier
Komödie f. Musik v. Hugo v. Hoffmansthahl, Musik v. Richard Strauss

Montag 20 Uhr: Geschloss. Vorst.

Dienstag, 20 Uhr, 140. Ab.-Vorst. Ende ungef. 22.45
Das Käthchen von Heilbronn
Dramatisches Schauspiel v. Heinrich v. Kleist

Mittwoch 19.30 Uhr, 141. Ab.-Vorst. Ende ungefähr 23.15
Aida
Oper in Akten v. G. Verdi

Winkelmann-Uhren
genaue Zeit
D. 29718 **Papenstr. 17**

Herren-Maß-Schneiderei
Niedrigste Preise. Garant. guter Sitz
Rud. Steinke v. d. Steintor 25.

Für das technische Büro einer größeren Bauunternehmung
Lehrling
gesucht.
Bewerbungen unt. Y. 60 an den Verlag dieser Zeitung.

Gutschein Nr. 2
Der Vorzeiger dieses Gutscheines kann bei Aufgabe einer
Familien-Anzeige
in der Größe von 10 Zeilen 2spaltig, diesen bei Zuzahlung von 1 RM in Zahlung geben.
Dieser Gutschein ist gültig bis zum 31. März 1931.
Bremer Nat.-Soz. Zeitung
Anz.-Abt. Bahnhofstr. 26 II

Herren-Frisier-Salon
Marktstr. 20 und Petristraße
Erstkl. schnelle Bedienung
Solide Preise
H. Kobbenbrink
Arbeitslose Parteigenossen gegen Ausweis halbe Preise

Stellengesuche

Erfahrener zuverl. **Schmied und Heizer** sucht Arbeit. (Gute Empfehlungen vorh.) Näh. ertl. Tel. Rol. 5409. Offerten unter S. 56 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Malerarbeiten
gut und preiswert von Parteigenossen. Offerten unter T. 57 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Weissflickerin
sucht noch einige Tage Beschäftigung. Tag 2.50 Mk. Angebote unt. A. 62 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Fröbel.-Kinderpflegerin
gerüft. m. Lyzeumsbildg., sucht halb- od. ganztägige Beschäftigung bei Kind. od. als Arzthelferin. Angebote unt. B. 61 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zu vermieten.

Möbl. Wohn- und Schlafzimmer an 1 od. 2 Herren. Offerten unter X. 59 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Tiefgekühlte **Qualitäts-Vollmilch** aus eig. Viehhaltung lief. in Flasch. frei Haus (Preis pro Ltr. 30 Pfg.) Parteigenosse **Kretschmar, Habenhausen**

Kuppeekoffer
40 45 50 55 60 65 70 75 cm
2,50 2,80 3,— 3,30 3,60 4,— 4,25 4,75 RM
Kahlow
Faulenstr. 52 Sögestr. 3

---

2 Pianos
Eiche u. Nußbaum hervorrag. im Ton. — Zu günst. Zahlungsbedingungen. — Pg. Sonderrabatt.
Johannes Gerken Delmestr. 40

Photographieren Sie? Annahmestelle für Amateur-Photos b. Nat.-soz. Zeitschriften-Vertr., Pelzerstr. 12/13. Schnell, preiswert, gut. Dort ebenfalls Aufnahm. v. letzten Sonntag zu haben. Pg. Schoefer

Familienanzeigen finden in der B.N.Z. weiteste Verbreitung!



29,- oder 38 Mk. kostet die Anfertigung eines mod. **Anzugs** oder Mantels einschl. halbb. Zutaten aus mitgebrachten Stoff. Garantie für guten Sitz durch 2 Anproben.
DEUTSCHE HERRENMODEN
Pelzerstr. 20

Unterricht.

SPANISCH
Englisch und Französich
Neue Kurse beginnen am 1. April. Für Anfänger und Fortgeschrittene. Sechs Monate, 50 Stunden, abends, R.-M. 30.— Also gut und billig!
Auch erteilen wir Privat-Unterricht. Preis pro Std. RM. 2. Uebersetzungen jeder Art.
„Colegio Espanol"
Wegesende 3.
Telefon D. 28819.

Wernickes
Privat-Handelsschule
Ansgarikirchhof 8
10% Preisnachlaß für Pg.

Ehrenpräsidium:
Präsident d. Senats Bürgermeist Dr. Donandt
Bürgermeister Deichmann
Präsident der Bürgerschaft Konsul Bernhard

Kammermusik-Konzert
zum Besten der Bremer Winterhilfe in der oberen Halle des alten Rathauses
am 28. März 1931, 19.30 Uhr.

1) G. Ph. Telemann: Concerto in B-Dur
2) G. Tartini: Concerto in D-Dur für Gambe
3) A. Corelli: Concerto Grosso in D-Dur
4) G. Fr. Händel: Konzert für Harfe und Streicher
5) J. S. Bach: II. Brandenburgisches Konzert

Karten zu 8.—, 5.— und 3.— R.-Mk. im Vorverkauf in der Musikalienhandlung von Praeger & Meier, Bischofsnadel.

Spezial-Wachs-Möbel-Politur
für alle polierte u. lack. Möbel, Klaviere u. Autos. / Reinigt, conserviert u. gibt schnell u. mühelos Hochglanz
Flasche 3.— und 2.— Mark
H. Hinsch, Drogerie, Bahnh. Str. 4

Landbutter, Eier, Geflügel
liefert wirkl. preisw. frei Haus Bremen
Pg. C. Spille
Annenheide b. Delmenhorst

Buchstelle für den gewerbl. **Mittelstand**
Bruno Westermann
Am Dobben 110 Hansa 44227

Patent Gebrauchsmuster- und Warenzeich.-Anmeldg. für In- u. Ausland durch Patent-Ingenieur
Otto Fritsch, Klosterstr. 2-5 a. d. T.

Decken Sie Ihren Bedarf bei unseren Inserenten

Pelze Füchse, Würger, Sommerbesätze
stets Neuheiten am Lager
Pelzhaus Kampe
St. Magnusstr. 64/66. Rol. 3861.

Paß-Bilder
schnell und billig. Anfertigung aller Foto-Arbeiten.
Seekamp,
Admiralstraße 160.
(Ecke Hemmstr.)

Telefon D. 27585
Pg.
Rösterei Langenstrasse 26. täglich frisch, frei Haus Vertreter gesucht.

Heißmangel-Plätterei
Plätten die Std. 1.90
Abhol. u. bringen frei
Block, Leffingstr. 10.

Gravierungen
Bruno Mulde Stempelfabrik Bremen Wegesende 3a Tel. Domshde 27585 Waschschabionen

---

Vereinsabzeichen

Rund.-Radio für 4 Röhren 35.— RM. bar, bess. A. E. G. mit 50.- M. Anz. u. 5.- M. Raten. **B. Fangmeier,** St. Mugnusstr. 21, Bremen

---

Den
Mey-Kragen
erhalten Sie in allen Weiten und Formen bei
Finke u. Co.,
Wegesende 9.
Herren-Moden

Erfolgreiche Behandlung von allen verpfuschten, chronischen und zweifelhaftesten Krankheiten
Aufsehenerregende Heilerfolge
laut gerichtlicher Feststellungen **stets nur wahr befundener Dankschreiben** besonders unheilbar erklärte Leiden!
Sprechzeit: Alle Wochentage 9—1 und 2—6 Uhr
C. HOLLE, Bremen, Fedelhören 57
— Jede lokale Bestrahlung nur 1.— RM. —

Sichere Existenz
auch in heutiger schlechter Zeit bietet Ihnen die Aufstellung einer
Heissmangel
oder **Einrichtung** einer **Kleinwäscherei.**
Sämtliche Maschinen von modernster Konstruktion in stabilster, preiswerter Ausführung. Auf Wunsch bequ Ratenzahlg. Unverbindl. Fachb. durch unseren
Generalvertreter: F. Kümpel, Gertrudenstr. 5
„Glanx" Maschinen- u. Apparatebauges. m. b. H. Hannover L. Spezialwerkstatt f. mod. Waschmasch.

Vergiss nicht
Mitglied der
„Gemeinnützigen „Bürgerlichen Bestattungskasse"
Kurze Wallfahrt 9 (Ecke Molkenstr.) zu werden. Diese sorgt für Dich und Deine Familie für kostenlose, würdige Bestattung im Todesfall. Beitrag monatlich 50 Pfg. **pro Familie.**

Einzel-Möbel
sowie complette
Wohnungs-Einrichtungen
Große Auswahl! Billige Preise!
B. Schmidt, Altenweg 4
Rol. 4499. [Nähe Telegr.-Amt

Fahrräder Radio Sprechapparate
Reparaturwerkstatt
Fahrradhaus
Otto Löblich
Wallerheerstr. 71. Tel. Rol. 8828.
Günstige Zahlungsbedingungen

Frisiersalon
Damen-, Herren- u. Kinderhaarpflege sachgemäße Bedienung u. zeitgem. Preise
Wilh. Rehmann
Fedelhören 30

Ausstellung
Kinderland u. Spargedanke
in der Union (Mittelgeschoss, Eingang Wachtstrasse)
Schülerzeichnungen, Filmvorführungen, Sparwerbung
ab Sonntag, 22. März, 14 Uhr bis zum 31. März tägl. von 10 – 22 Uhr geöffnet
Die Sparkasse in Bremen.
Eintritt frei! Eintritt frei!

Die zinslose Tatbewegung!
RING DER BAUWIRTE
Zinslose Darlehn für Eigenheim-Bau und Hypotheken-Ablösung.
Auskunft durch:
Bau- u. Wirtschaftgem.
e.G.m.b.H., Bremen, Martinistr. 12

Bremer Gaststätten-Verzeichnis

Ostbörse V. d. Steintor 35
Besitzer Pg. E. Grützmacher
Verkehrslokal der Nationalsozialisten

Rudolf Kaps-Betriebe
am Hauptbahnhof
Regina das zeitgemäße Haus
Kabarett und Kaffeehaus
Grinzing zum Heurigen
der Wiener Stimmungsbetrieb
Tivoli Spiel-Kaffee
CASANOVA die vornehme Tanzbar

Besucht Bremens führende Vergnügungsstätten:
ASTORIA
Cabaret Theater Varieté
Sehenswürdigkeit
Nur Künstler und Kapellen von Weltruf
Abend- u. Nacht-Programm
Jeden Mittw. Sonnab. u. Sonntag
4 UHR TANZ-TEE
mit großem Programm

ATLANTIK TANZPALAST
Das behagliche stimmungsvolle Cabaret. Tägl. 2 Künstlervorführg. - 4 Uhr Tee u. 8½ Uhr
Kein Weinzwang Eintritt frei
Bier-Bar Alt-Wien
Rheinterrassen
Atlantik-Kaffee
Bremens schönstes Konzertkaffee
ab 4 Uhr
große Künstlerkonzerte
erstklassiger Kapellen

FEDDEN
Die führende Vergnügungsstätte d. Ostens
Café - Tanzpalast - Bar
Clubräume

Klinkerhaus Pelzerstr. 53
D. 25384
Hotel-Einheitspr. 4.50 Mk. einschl. Frühstück u. Bedienung. Bürgerl. Küche b. mäß. Preisen
Tischtennis — Klubzimmer.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung. 1. Beilage

21. März 1931

Aus Bremen Stadt und Staat.

Kammermusik-Konzert zum Besten der Bremer Winterhilfe in der oberen Halle des alten Rathauses.

Wohl zum ersten Male in der Geschichte unseres ehrwürdigen Rathauses wird am 28. März unter dem Ehrenpräsidium der beiden Herren Bürgermeister und des Herrn Präsidenten der Bürgerschaft in der oberen Halle ein Kammermusik-Konzert stattfinden, dessen Reinertrag zum Besten der Bremer Winterhilfe Verwendung finden soll. Der Würde des Raumes wird die künstlerische Höhe der Vortragsfolge entsprechen, die seltene und zum Teil in Bremen noch nie aufgeführte Werke aus der vorklassischen und klassischen Zeit enthält. Einzelheiten darüber sollen demnächst von berufener Seite veröffentlicht werden.

Da nur eine beschränkte Anzahl von Plätzen vorhanden ist, so empfiehlt es sich, sich rechtzeitig bei Praeger u. Meier mit Karten zu versehen. Näheres ist aus der heutigen Anzeige ersichtlich.

Die „Organisation" der Unorganisierten auf dem Bauernfang.

Zur Angestelltenkammer-Wahl erleben die Angestellten die seltsamsten Dinge. Da stellen 35 Angestellte, die bisher nichts für die Angestellten geleistet haben und die keine Ahnung von Angestelltenfragen besitzen, die Liste 11 — unter Hilfe der Arbeitgeber — auf. Wir schätzen die Angestellten für so intelligent ein, daß sie dieser Spitzelliste auch nicht eine Stimme geben. Die Spekulation auf die Unorganisierten ist ein Fehlschlag, weil auch die unorganisierten Angestellten genau wissen, daß lediglich die Gewerkschaften für die Angestellten eintreten und kämpfen. Geben wir der Liste 11 was ihr gebührt: Nichtachtung. Jeder nationalsozialistische Angestellte wählt nur die Liste 4.

Der Bayreuther Bund der deutschen Jugendortsgruppe Bremen e. V. veranstaltet am Donnerstag, dem 16. April im großen Saal der Union ein Wohltätigkeitskonzert zum Besten notleidender Künstler. Mitwirkende: das Musikkorps des 1. Hans. Bat. Inf. Reg. Nr. 16 unter Leitung von Obermusikmeister Voigt und Frl. Elsa Kment und Herrn Andreas Böhm vom Stadttheater. Einheitspreis für alle (nummerierten) Plätze 1.— Mk.

Bremer Arbeiterkammer-Wahl!

An die bremische Arbeiterschaft! Am 22. und 23. sollt Ihr Eure Vertreter in die Arbeiterkammer wählen. Diese Vertretung soll der Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der bremischen Arbeiterschaft dienen und darüber wachen, daß die Belange des Bremer Arbeitertums in jeder Hinsicht gewahrt bleiben.

Bisher bestand die Vertretung der Arbeiterkammer fast durchweg aus den Mitgliedern der sog. freien Gewerkschaften, d. h. Marxisten, die nicht nach nationalen sondern internationalen Gesichtspunkten handeln und damit nicht geeignet sind die Interessen der deutschen Arbeiterschaft bevorzugt wahrzunehmen. Das soll und muß anders werden. Der denkende Arbeiter hat sein Vertrauen zu den Vertretern des internationalen Marxismus, die unser Volk und besonders die Arbeiterschaft ins Elend geführt haben verloren. 5 Millionen Erwerbslose unter der Aera Brüning, Braun, Severing reden eine deutliche Sprache, die deutsche Arbeiterschaft fordert jetzt „Das Steuer herum!", neue Männer an die Macht, die dem Volke Freiheit und dem Arbeiter Brot bringen. Jetzt soll auch ein neuer Geist in die Bremer Arbeiterkammer einziehen. Es sollen Männer hinein von Charakter, die es ernst meinen mit den Belangen der Arbeiterschaft und die von Bonzentum und Kriecherei nichts wissen wollen. Es gilt auch in der Arbeiterkammer den neuen Geist des schaffenden Deutschlands zu verankern, auch dort soll für eine neue Ordnung der Dinge, für die Freiheit des schaffenden Volkes und für den wahrhaften Sozialismus gekämpft werden.

Bremer Arbeiter, Eure Stimme gehört der

Liste 5

„Nationalsozialistische Arbeiter".

Unsere Gau S. A. Kapelle kommt nach hier. Am Montag, 30. d. Mts. findet in dem großen Saal der Centralhallen eine Werbeabend für unsere SA statt. Die Musik stellt die Gau SA-Kapelle unter Leitung des Gau-Kapellmeisters Entelmann. Das ausführliche Programm bringen wir in der nächsten Nummer. Wir weisen schon heute auf diesen Abend hin. Es empfiehlt sich, schon jetzt Karten im Vorverkauf zu erwerben.

Hausschlachtungen müssen nach der Verordnung vom 6. Februar 1903 mindestens 24 Stunden vorher schriftlich oder mündlich bei der Polizeidirektion, Abteilung 2 (Gesundheits- und Wohlfahrtspolizei), Polizeihaus, Zimmer 129, angezeigt werden. Unterlassung ist strafbar.

NSDAP.

Mittwoch, 25. März
20³⁰ Uhr Casino

Massenversammlung

Redner
Hauptmann Göhring
Berlin

Ausstellung „Kinderland und Spargedanke". In der Zeit vom 22. bis 31. März veranstaltet die Sparkasse in Bremen in den Clubräumen der Union (Mittelgeschoß Eingang Wachtstraße) eine Ausstellung von freien Schülerarbeiten aus der Westend-Mittelschule in Frankfurt a. Main über den Segen des Sparens. Daneben zeigen wir Darstellungen aus der Entwicklung und dem Wirkungskreis der Sparkasse in Bremen und führen ferner einen Film vor, der lehrreiche Angaben über die Entwicklung des deutschen Sparkassenwesens bringt. Die Ausstellung ist regelmäßig täglich von 10 bis 22 Uhr geöffnet.

„General v. Steuben" in Neuyork. Bremen. An Bord des Dampfers „General von Steuben" des Norddeutschen Lloyd fand zu Ehren der amerikanischen Steuben-Gesellschaft ein Empfang statt. Kapitän Brünings begrüßte die Gäste. Der Präsident der Steubengesellschaft Theodore Hoffmann, erwiderte mit herzlichen Worten des Dankes und überreichte dem Kapitän als Ehrengeschenk der Gesellschaft für das Schiff eine 80 cm große Broncestatue, eine Nachbildung des Washingtoner Steubenmonuments, von dem im Jahre 1911 ein Abguß, — ein Geschenk der amerikanischen Regierung an die deutsche Regierung, — in Potsdam aufgestellt wurde. Die Ausstattung des neuesten Kajütenklassendampfers des Norddeutsch. Lloyd fand den ungeteilten Beifall der Gäste.

An die wackeren Bremer Sozis!

Augenscheinlich,
Das Wort „Landesverrat",
Ist den Sozis peinlich:
Denn das bewiesen sie „kämpferhaft",
Mit schlagender Kraft,
Beinah heldenhaft
In der Bremer Bürgerschaft.

Es ist ja nur das böse Gewissen,
Daß, wenn sie dies Wörtchen hören müssen,
Sie brüllen, fluchen, trampeln und schrei'n,
Grad als ob sie's nicht gewesen sei'n.
Die unsre Gefallenen haben betrogen,
Und dann obendrein noch die Heimat belogen,
Als ob Betrug und Schieberei
Nicht auf ihrem Miste gewachsen sei. — —

Doch alles Beteuern wird wenig nützen,
Denn ewig der Dreck bleibt an Euch sitzen,
Und färbt nur auf die ab, die Euch stützen. — —

Aber eines möchten zum Schluß wir Euch sagen,
Ihr „Helden", wollt Ihrs noch einmal wagen,
Neben Lärmen und Stören auch noch zu schlagen,
Dann liebe Sozis, ungelogen,
Seid Ihr im Bogen
Aus dem Hohen Hause herausgeflogen.

Euer Mefausto.

Polizeibericht. Unfälle. Auf der Gneisenaustraße wurde ein Kind beim Ueberschreiten der Fahrbahn von einem Lastkraftwagen angefahren und leicht verletzt. Ein Passant, der vor dem Schauspielhaus beim Ueberschreiten der Fahrbahn von einem Straßenbahnzuge angefahren worden war, hatte anscheinend nur unbedeutende Verletzungen erlitten. — Der

---

Stadttheater.

Das Veilchen von Montmartre. Emerich Kálmán.

Während noch Schnee und Eis die Erde in Banden hält, hat die leichtgeschürzte Muse den Bremern ein allerliebstes Frühlingskind geschenkt: das Veilchen von Montmartre. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, in die uns diese köstliche Operette von Emmerich Kalman führt, war die Weltstadt Paris das Mekka, nach dem alles, was Talent und Genie besaß, voll kühner Zuversicht pilgerte, um dort Ruhm und Reichtümer zu erwerben, Dichter und Musiker — R. Wagner! —, Literaten und landflüchtige Politiker. Sie antichambrierten in den sogenannten Salons der großen Welt oder hausten in bescheidenen Quartieren und führten ein Bohemeleben, das an Entbehrungen und Freuden gleich reich war. In dieses Milieu fühlen wir uns, noch ehe der Vorhang aufgeht, durch die im Vorspiel nachgeahmte Musik der armen Leute, die Leierkastenmelodie, versetzt und erleben nun eine köstliche Ateliersszene, welche die Regiekunst Heinrich Kastners mit so viel prickelndem Humor und pulsierendem Leben erfüllte, daß das vollbesetzte Haus, von dem flotten Tempo und der ansprechenden, melidiösen Musik mit fortgerissen, dem Werk schon nach dem ersten Akt eine begeisterte Aufnahme bereitete, die bis zum Schluß der Operette anhielt. Heinrich Kastner hatte dem Werk durch eine glänzende, dem Geist der Zeit und des Textbuches entsprechend, bis ins Kleinste naturechte Inszenierung, durch die geschickte Besetzung jeder, auch der kleinsten Rolle und durch das forsche Tempo, zu dem Musik und Handlung sich vereinigten, zu einem durchschlagenden Erfolg verholfen. Unterstützt wurde er in seinen Absichten durch die impulsive Stabführung Henry Thiels, der sich mit viel Liebe und Sorgfalt in die musikalischen Anforderungen des Werkes hineingelebt hatte. Einen wesentlichen Beitrag zur Belebung mancher Szenen leisteten die Chöre sowie die Tänze, die von Ery Bos einstudiert und von Grete Naue, Vera Mahlke und den Damen des Balletts getanzt, wohlverdienten Beifall ernteten.

Zu den schönsten Leistungen des Abends gehörte Tilly Lüssens Violetta. Die Künstlerin verstand es, dieser Mignongestalt soviel natürliche Anmut und Schalkhaftigkeit in Spiel und Gesang zu verleihen, daß man diesem Veilchen ordentlich gut sein mußte, schon um der schönen Seele willen, die sie so sympathisch erscheinen läßt. Ihre aufopfernde Hilfsbereitschaft den drei hungernden Bohemiens gegenüber, die ihrerseits dem mißhandelten Bändelsängerkinde eine rührende Menschenliebe entgegenbringen und es den Krallen des geldgierigen Musikanten durch Hingabe der eben erhaltenen Erbschaft entreißen, läßt ihr das spätere Glück wohl gönnen. Das Künstlertrio Raul, Henry und Florimond hatte in Walter Spiro, Karl Lipmann und Heinrich Kastner charakteristische Vertreter gefunden. Willy Birkenfeld als Vormund Violettas bot eine gute Type der damals florierenden Bänkelsängerkunst. Beate Roos-Reuter schien sich in der Rolle der Ninon ordentlich wohl zu fühlen und so vermochte sie das Charmante, Burschikose und Capriziöse dieser Dame von Welt in Spiel und Gesang reizvoll zum Ausdruck zu bringen. Köstliche Figuren boten Georg Schmidt als Minister der schönen Künste und Ferdinand Ahnelt als Gerichtsvollzieher, die durch humorvolle Improvisationen große Heiterkeit auslösten. In den kleineren Rollen wirkten Hans Gerlach als Rothschild, Hans Parge als Kunsthändler und Walter Thomas als Theaterdiener überaus lebensecht. Als Gast des Abends wirkte ein Kanarienvögelchen mit, dem das Veilchen sein Leid klagt und das mit seinem reizenden Gesang ihm Trost einflößt. Neugierigen, die gerne wissen möchten, wie der kleine Sänger so graziös einsetzte, sei verraten, daß eine wirkliche Vogelstimme auf Elektrola, von Herrn Karl Reich, der Vogelliebhaber ist und schon so manche schöne Vogelstimmenplatte herausgebracht hat, die Täuschung hervorzauberte.

Heinrich Kastner als Regisseur und Henry Thiel als musikalischer Leiter konnten sich an der Seite ihrer Getreuen für den reichen Beifall bedanken.

Eilers.

Nochmals: **„Affaire Dreyfus".**

Auch ein Beitrag zur Zeitgeschichte!!

Im Kaisertheater läuft in dieser Woche als Hauptnummer des Programms der Tonfilm „Affaire Dreyfus".

Schauspielerisch ohne Zweifel eine Leistung, die ihren Höhepunkt im Monolog Heinrich Georges als Emile Zola vor dem Pariser Schwurgericht erreicht.

Inhaltlich müssen wir jedoch ganz energisch Stellung gegen den Leitgedanken und seine Bearbeitung in diesem Film nehmen. Die verzwickte Spionageangelegenheit Dreyfus der neunziger Jahre wird im Film so dargestellt, als ob Hauptmann Dreyfus nur darum, weil er ein Jude war, das Opfer eines Justizirrtums werden mußte. Und ausgehend von dieser, manchmal direkt aufdringlich wirkenden Tendenz werden nun all die Register der sogenannten Menschlichkeit gezogen. Sogar die genügend bekannte Liga für Menschenrechte muß auf den Plan, um scheinbar der Gerechtigkeit gegen die bösen Rassenvorurteile zum Siege zu verhelfen. Und im Verein mit den schauspielerischen Leistungen wirkt die Tendenz, die sich gegen den Antisemitismus richtet, scheinbar aber nur für die Gerechtigkeit eintreten will, beinahe bestrickend. — — —

Eigenartig! Wo war der Kampf um die Gerechtigkeit bei all dem bitteren Unrecht der letzten Jahre? Wo blieb beispielsweise die Liga für Menschenrechte in den grausamen Folterprozessen gegen die Femerichter?? Niemand setzte sich da für die Gerechtigkeit ein! Niemand von diesen „Kämpfern" für die Gerechtigkeit!!

Und aus dem Geschehen ergeben sich eigenartige Parallelen zur Gegenwart: Seit Januar weit über 10 ermordete nationalsozialistische Kämpfer!! Ihr Opfertod fand kaum Erwähnung, irgend ein kleiner Bericht, eine unscheinbare Notiz erzählte von dem Heldentum unbekannter Märtyrer. — Nun geschieht es, daß der Gegenseite einmal genau das Gleiche geschieht, was wir in vielfachem Maße Tag für Tag erdulden müssen, und überall erhebt sich ein empörter Sturm der Entrüstung im Blätterwald. Schreie nach Gerechtigkeit!! Demonstrationen und neues Blut unserer Kameraden! — — —

Affaire Dreyfus, ein angebliches Unrecht gegenüber einem Juden! Man wirft sich mit Freuden auf das Thema. Mit großem Pathos wird es aus-, be- und verarbeitet, und mit versteckten Spitzen, mit scharfem Gift erzeugt man unter dem Mantel des Kampfes für Gerechtigkeit ein Manöver, ein Mittel, nur eines von den vielen, das unterhöhlen und den Blick der Oeffentlichkeit verwirren soll.

Mefausto.

Krankenanstalt mußte ein Anwohner des Fangturm zugeführt werden, der in seiner Wohnung von der Treppe gefallen war und sich eine Rückenverletzung zugezogen hatte. — Nur unbedeutender Sachschaden wurde bei einigen Zusammenstößen zwischen Fahrzeugen verschiedener Art verursacht. —

Vermißt. Bremen. Seit dem 3. März d. Js. wird der hier Wiedstr. 1 f wohnhaft gewesene Maschinenschlosser Alexander Kubsch geb. 9. 8. 83 in Berlin, vermißt. Der Vermißte ist 1.70 m groß, schmächtig, hat schwarzes Haar, schwarzen, kurz geschnittenen Schnurbart, bleiches eingefallenes Gesicht, hohe Stirn, braune Augen, weiße, vollständige Zähne, kleine, gepflegte Hände, trägt Brille und war bekleidet mit braunem, weichem Hut, blauem Wintermantel mit Samtkragen, blauem Anzug, schwarzen Halbschuhen, schwarzen Socken, schwarzer Krawatte. Angaben zur Ermittelung des Vermißten werden bei der Kriminalpolizei im Polizeihause, Zimmer 333, und an jeder Polizeiwache entgegengenommen.

Bezirkstagung der NSDA. Aurich, 17. März. Unter dem Vorsitz des Gauorganisationsleiters Elsner von Gronow fand in Brems Saale eine Bezirkstagung der NSDAP des Kreises Aurich statt, zu der sämtliche Ortsgruppen des Kreises Abordnungen entsandt hatten. Bezüglich des Stahlhelmvolksbegehrens erklärte von Gronow, daß eine offizielle Stellungnahme der politischen Leitung bislang noch nicht erfolgt sei. Er bezeichnete es jedoch als selbstverständlich, daß sich alle Parteigenossen eintragen werden, wenn organisatorisch auch feststehe, daß die Nationalsozialisten sich neutral verhalten werden, da sie den Zeitpunkt nicht für geeignet hielten. Heiligste Pflicht müsse es sein, jedes Mittel auszuwerten, um die marxistische Herrschaft in Preußen zu stürzen. Im Anschluß an die Tagung fand ein Umzug durch Aurich statt, der auf dem Marktplatz Halt machte, wo Elsner von Gronow nochmals über die Ziele der NSDAP sprach.

Protestaktion gegen den Reichsbannerterror. Zeven, 19. 3. Die Ausschreitungen des Reichsbanners anläßlich einer Demonstration in Zeven haben zu einer allgemeinen Beunruhigung und Erregung in der Bevölkerung geführt. Nachträglich wird bekannt, daß die Ausschreitungen bedeutend umfangreicher waren als zuerst angenommen wurde. In zahlreichen Fällen haben herumziehende Trupps des Reichsbanners regelrechte Jagden auf junge Zevener Einwohner gemacht, sodaß diese in die Häuser flüchten mußten. Bei der Mißhandlung der beiden unbeteiligten jungen Leute an der Mehdebrücke gingen die Reichsbannerleute mit unglaublicher Rohheit vor. Einer der jungen Leute wurde mit dem Kopf auf das Brückengeländer geschlagen und ihm gedroht, daß er ins Wasser geworfen würde. Nachdem er sich bereits in hilflosem Zustand befand wurde er weiter mit Faustschlägen bearbeitet. Während des Aufenthaltes der Reichsbannerabteilungen in Zeven wagten sich viele Einwohner nicht mehr aus ihren Wohnungen heraus. Der Stahlhelm veranstaltete aus Anlaß dieser Vorkommnisse eine große Protestaktion, an der sich die Bevölkerung in großer Zahl beteiligte.

20 Prozent der Bevölkerung lebt von der Fürsorge. Notruf des Vareler Stadtmagistrats. Vor dem Zusammenbruch der Finanzwirtschaft.

Varel, 19. März. Der Vareler Stadtmagistrat hat dem Landtag über die immer bedenklicher werdende Lage der Stadt, die in der steigenden Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen zu suchen ist, eine Eingabe unterbreitet. Die Stadt hat z. Zt. 136 Wohlfahrtserwerbslose und 219 Krisenunterstützte. Bis Juni 1931 erwartet man ein Anschwellen auf 252 Wohlfahrtserwerbslose. Dazu kommen noch 87 Sozialrentner und 53 Kleinrentner. Die Kosten für die gemeinnützige Fürsorge betrugen 1928-29 101 723 Mark, 1929-30 135 298 Mark, 1930/31 etwa 196 000 Mark, für 1931/32 würde sich, nach dem Stand von Januar 1931 berechnet, ein Betrag von 230 000 Mark ergeben. Da aber bereits bei Beginn des Rechnungsjahres die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen beträchtlich steigt, dürfte sich der Betrag auf 330 000 Mark erhöhen.

Das gesamte Steuereinkommen der Stadt 1931-32 einschl. einer 200 prozentigen Bürgersteuer dürfte den Betrag von 330 000 Mark nicht ergeben. Hinzu kommt noch, daß die Stadt ja auch ihre anderen Ausgaben erfüllen muß. Aber auch die Deckung des Betrages von 230 000 Mark ist der Stadt nicht möglich. Aus allem darf die verzweifelte Lage der Stadt Varel entnommen werden. Auch das Wirtschaftsleben liegt darnieder. 20 Prozent der gesamten Bevölkerung werden aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Es sind dieses die Kreise, die früher einen Jahresverdienst von 1,3 Millionen Mark hatten. Der Stadtmagistrat bittet den Landtag zu prüfen, in welcher Weise der Stadt geholfen werden kann.

Durch die lange Arbeitslosigkeit ist auch die Gesundheit der Bevölkerung stark verschlechtert. Die Landesversicherungsanstalt gibt über die tuberkulose Sterblichkeit bekannt, daß in der Stadt Varel sich der Prozentsatz in dieser Krankheit von 10; 44 im Jahre 1927 auf 30, 16 im Jahre 1929 auf 10000 Einwohner, erhöht hat, während Jever nur 3,31 Prozent, Rüstringen 3,88 Proz. und Oldenburg 14,04 aufweist.

Die Schröder u. Fischerdampfer unter neuer Flagge. Bremerhaven. Wie berichtet, hat die Reederei W. Schuchmann, Bremerhaven, einen Kaufvertrag mit der in Konkurs geratenen Firma Schröder u. Fischer, Hamburg, abgeschlossen. Nach diesem Vertrag übernimmt Schuchmann von den 24 Schröder u. Fischer-Dampfern 16. Die Kapitäne und Offiziere werden von der Reederei mit übernommen. Die neu erworbenen Schiffe werden in der nächsten Woche in Dienst gestellt. Sie haben neue Namen erhalten. Der Heimathafen der Schiffe bleibt laut Kaufvertrag Hamburg.

Oldenburg. Ehrung Professor Winter's.

Vom Magistrat der Stadt wurde dem bekannten Maler Prof. Bernhard Winter aus Anlaß seines 60. Geburtstages das Goldene Buch der Stadt Oldenburg mit der Bitte um eine Eintragung überreicht. Professor Winter kam dieser ehrenden Auszeichnung mit den Worten nach: „Wenn unsere Kunst eine rechte Blüte unseres Volkslebens ist, so wird sie helfen, den Bestand unseres Volkes zu sichern.

Bekanntmachung.

Termin zur Ueberweisung der Beiträge für die Hilfskasse, zur Meldung der Veränderungen, zur Anmeldung der neuen oder verzogenen Mitglieder nicht versäumen! Bis zum 22. März müssen die Meldungen vorliegen, bis zum gleichen Tage die Beiträge für April auf Postscheckkonto München 9817 für Hilfskasse der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei; die Begen, Briefmarken, Schecks) oder durch Ueberweisung auf andere Münchener Parteikonten ist verboten. Zahlkarten können kostenlos durch die Gauleitungen bezogen werden.

Ferner ist zu beachten:

1.) Neue oder zugezogene Mitglieder müssen stets auf Karteikarten angemeldet werden. Die Anmeldung auf Listen ist nicht mehr statthaft.

2.) Jeder Ortsgruppenleiter muß stets genau wissen, welche Parteigenossen seiner Ortsgruppe der Hilfskasse gemeldet sind.

3.) Alle Sendungen müssen ausreichend frei gemacht (frankiert) werden. Mit Strafporto belastete Briefe bezw. Päckchen werden in Zukunft nicht mehr angenommen.

4.) Sind in einem Gau mehrere Orte gleichen Namens vorhanden, so muß dem Ortsnamen stets eine nähere Bezeichnung zugefügt werden, z. B.: Schwarzenbach am Wald.

5.) Bestellungen auf Bestimmungen und Zahlkarten, desgl. Abmeldungen und Abrechnungen stets durch Brief oder Postkarte, niemals auf dem Postscheckabschnitt an die Hilfskasse richten. Auf den Postscheckabschnitten jedoch unbedingt vermerken: „Betrag für .... Mitglieder der Ortsgruppe ..... des Gaues ..... für Monat .....“ Weitere Vermerke auf den Postscheckabschnitten (Mitteilungen, Abmeldungen, Bestellungen) müssen unbeachtet bleiben.

6.) Karteikarten, Quittungskarten und Marken nur bei der zuständigen Gauleitung anfordern. Eine direkte Abgabe dieser Drucksachen von der Hilfskasse an die Ortsgruppen findet nicht statt.

München, den 9. März 1931.

gez. Bormann.

Zu Anfang unserer Werbewoche

können wir schon erfreuliche Erfolge feststellen. Die Werbung wird von uns noch bis in den nächsten Monat hinein fortgesetzt und muß unbedingt zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Wir müssen es nochmals wiederholen, damit es jedem Einzelnen klar wird:

„Es ist nicht gleichgültig, welche Presse Ihr lest!“

Seht Euch die sogenannten „bürgerlichen Zeitungen“ und die sogenannte „neutrale“ Presse an. Ihr Vorgehen die Interessen des Mittelstandes, des Handwerks und Gewerbes zu vertreten, bezw. politisch neutral sein zu wollen, ist sehr durchsichtig. Beim Betrachten der Inseratenteile, der politischen und wirtschaftlichen Abhandlungen kann man feststellen, daß sie gerade das Gegenteil tun. Wollt ihr diesen Geschäftemachern noch weiterhin das Kampfgeld gegen euch selbst liefern? Den besten Beweis für die Neutralität bietet der hier erschienene „Bremer Anzeiger“. Vorläufig soll es genügen, zu betonen, daß die Hauptdrahtzieher dieses Unternehmens ausgerechnet die jüdischen Kaufhäuser, Bamberger, Tipphoitenhaus und Karstadt sind, die an diesem Inseratenkampf bei weitem am meisten interessiert sind, sie suchen sich ihre Helfer in den Kreisen des Einzelhandels und Gewerbes als Bundesgenossen zur Erreichung ihrer Ziele. Dies Ding wurde von den Kaufhäusern wieder einmal fein gedreht., doch haben wir die Hoffnung noch nicht aufgegeben, das in absehbarer Zeit der Einzelhandel und das Handwerk merken, daß sie selbst den größten Schaden hierdurch haben.

Während unserer Werbung nehmen wir besondere Veranlassung, noch einmal auf die schädigende Wirkung von Warenhäusern und Konsumvereinen hinzuweisen. Unsere Parteigenossen und Freunde sind über Ziel und Zweck unserer Werbung heute schon so gut unterrichtet, daß sie unserer Aufforderung zum Kampf gegen unsere Feinde wirtschaftlicher und politischer Art Folge leisten. Wer sich dafür einsetzen will, daß Deutschland einmal wieder zu einem Staat der Ordnung und Ehrlichkeit mit außenpolitischer Weltgeltung wird, folgt unserer Aufforderung zum Kampf für eine deutsche Presse.

Werbt neue Bezieher!!
Kauft nur bei unseren Inserenten!!

Nationalsozialismus und Arbeit.

Von Dr. Rudolf Albert, Dresden.

Der Nationalsozialismus hat die Leistungswertung zum Grundsatz erhoben, um für schaffende Arbeit gerechten Ertrag zu sichern. In der Arbeitskraft erkennt die Nation ihren höchsten Reichtum, der immer neue Werte erzeugt. Deshalb wird die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, die in ihrer Zielsetzung stets vom Wohl der Volksgenossen ausgeht, jederzeit bedacht sein, die Arbeitsleistung und ihr Einkommen anzuerkennen, zu fördern und sicherzustellen. Sowohl Garantie gerechter Löhne und Gehälter, Schutz der Arbeitskraft und Hilfe gegen unverdiente Arbeitslosigkeit wie auch Anerkennung des angemessenen Einkommens der werteschaffenden Unternehmer sind nur verschiedene Seiten ein und derselben Sache, nämlich die Würdigung aller Kräfte, die den volkswirtschaftlichen Wohlstand heben.

Die Beschränkung sogenannter „Stargehälter“, die meist in erster Linie durch besondere Glücksumstände erzielt werden, muß in diesem Zusammenhang auch genannt werden. Sie beruhen auf Ueberwertung und sind volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. Wer z. B. durch besondere Fähigkeiten von der Natur beschenkt wurde, hat die Pflicht, mit seinen Gaben der Gesamtheit zu dienen, nicht nur seinem Profitinteresse. Liberalistische Anschauungen der Preisbildung können auch bei Sängern, Filmschauspielern usw. nicht anerkannt werden. Nur der berechtigte Preis entspricht nationalsozialistischem Denken.

Wenn die NSDAP. jede wertschaffende und ehrliche Arbeit schützt, so ergibt sich von selbst ihre Stellungsnahme gegen das arbeitslose, parasitierende Einkommen, dessen Wesen Ausbeutung ist. Nationalsozialismus bedeutet nach seiner wirtschaftsmoralischen Seite hin, die unbedingte und tiefste Verpflichtung zur wertschaffenden Arbeit, die Fleiß und Mühe, Tüchtigkeit und Ausdauer voraussetzt, aber auch lohnt. Ebensosehr wie die nationalsozialistische Bewegung für gerechte Wertung aller arbeitenden Kräfte eintritt, muß sie das Drohnentum bekämpfen, wo und in welcher Form es sich auch immer breit macht. Niederhalten minderwertiger Elemente in der Wirtschaft ist gleichzeitig Schutz und Förderung der soliden und tüchtigen Menschen. Das dritte Reich wird von seinen Staatsbürgern stets ganze Hingabe fordern, wie in militärischer und politischer Beziehung, so auch in der Nationalwirtschaft. Nationalsozialismus bedeutet auf allen Gebieten Auswertung völkischer Kräfte zum Wohle der Volksgesamtheit, und sein Schutz vor, seine Feindschaft gegen die Ausbeutung sind gerade deswegen um so ehrlicher und begründeter, weil sie andererseits von der sittlichen Gerechtigkeit und dem Imperativ der Leistung ausgehen und bestimmt werden. Ist es nicht geradezu eine logische Folgerung, daß der nationalsozialistische Staat — begründet auf dem Leistungsprinzip — die Ermöglichung und Sicherung eines sorgenlosen Alters fordert? Wer in seinem Leben ehrlich und tüchtig gearbeitet hat, soll die Früchte in der Ruhe des Alters genießen können, nicht als Almosen, sondern als erworbenes Recht, erworben der Volksgesamtheit gegenüber, der seine Arbeit galt und die dadurch seine Pflichterfüllung anerkannt. Neben das „Rentnerideal“ tritt der Anspruch auf menschenwürdige Altersruhe.

Kaum bedarf es des Hinweises, daß der nationalsozialistische Staat natürlich auch bedacht sein wird, das Arbeitsrecht zum Schutze der wertschaffenden Kräfte auszubauen. Diese Notwendigkeit wird im Zusammenhange mit der gesamten Erneuerung der Rechtsgrundsätze im deutschen Sinne zu verankern sein und von der Wertung der Leistung wie dem Gemeinwohl ausgehen. Im Sinne der Nationalwirtschaft muß auch die Gemeinschaftsarbeit durchgebildet werden, deren Aufgabe nicht eine demokratische ist, sondern die Zusammenfassung aller Kräfte zur gedeihlichen Entwicklung des Unternehmens und zur Verwirklichung der berechtigten Ansprüche, die in der nationalsozialistischen Wirtschaft Geltung haben.

Der Nationalsozialismus spannt aber seine Ziele weiter, als sich aus der Regelung der Arbeits- und Verdienstverhältnisse ergibt. Pflicht zur Arbeit setzt Anspruch auf Arbeit voraus. Das nationalsozialistische Programm mit seinem Verlangen nach Erweiterungen des deutschen Bodens durch Erkämpfung Großdeutschlands und eines Kolonialbesitzes wird gleichzeitig zum sozialistischen; denn um allen Händen Arbeit zu geben, brauchen wir nicht nur ein freies, sondern auch ein größeres Deutschland, das überschüssige Arbeitskräfte unterbringen und ernähren kann. Selbstverständlich werden auch das kommende deutsche Heer und die Arbeitsdienstpflicht helfen, daß die Tragödie der Arbeitslosigkeit überwunden wird. Wenn der nationalsozialistische Staat Ausländern nur solange Arbeitsmöglichkeit gibt, als die Erwerbsmöglichkeiten des Volkes nicht darunter leiden, so ist ein weiterer Schritt zum Schutze deutscher Arbeit getan. Gerade die Leistungswertung und die Forderung des Nationalsozialismus, den berechtigten Ansprüchen des schaffenden Menschen gerecht zu werden, veranschaulichen den inneren Zusammenhang nationalistischer und sozialistischer Grundsätze, die im einzelnen einen Teil der Gesamtheit sehen und von ihm wertvolle Tätigkeit wiederum für das Gesamtwohl fordern. Das nationalsozialistische Vaterland erhebt sich selbst dadurch, daß es zur Arbeit verpflichtet, Arbeit gewährt und ihren Segen den Schaffenden aller Berufe und Stände vergegenwärtigt: So wird der Nationalsozialismus zur Offenbarung der Arbeit!

Haake-Beck das deutsche Qualitätsbier

Glaube und Nationalsozialismus.

Zur Stellungnahme kirchlicher Behörden.

Von einem katholischen Geistlichen.

In der **National-Zeitung** finden wir diesen hochbedeutsamen Leitartikel zu den Bischofserlassen, der sich genau deckt mit der Auffassung von vielen Zehntausend nationalsozialistischer Katholiken. Wir veröffentlichen darum ungekürzt den Artikel zur Aufklärung für die Katholiken, die unserer Bewegung noch fernstehen, verhetzt durch die Lügenpresse des Zentrums und der Kampf der Zentrumsbonzen gegen den deutschen Freiheitswillen. (Red.)

Seitdem der Nationalsozialismus die große deutsche Erneuerungsbewegung geworden ist, haben auch einzelne deutsche Bischöfe (der Bischof von Mainz, Kardinal Bertram von Breslau, die bayerischen Bischöfe) öffentliche Kundgebungen gegen ihn erlassen. Es ist zwar nicht zu befürchten, daß Verlautbarungen, die soviel wohlbegründete Kritik herausfordern, unter den nationalen Katholiken Unsicherheit der Gewissen stiften. Aber manche werden sich fragen: Wem soll ich nun folgen, meiner Ueberzeugung oder dem Willen des Bischofs? Wenn man nach reiflicher Ueberlegung seine Bedenken gegen jene Erlasse nicht unterdrücken kann und seinem Gewissen folgt, kann man sich dann noch als katholisch betrachten?

Damit ist die kirchliche Unfehlbarkeitsfrage aufgeworfen. Weder die Bischöfe für sich allein, noch der einzelne Bischof, noch Partikularsynoden sind in ihren Entscheidungen oder Meinungen unfehlbar, selbst wenn sie die übliche einfache Approbation des Papstes hätten, oder wenn sich die amtliche vatikanische Presse, (d. i. der „Osservatore Romano", der oft sehr einseitig unterrichtet ist) zu ihnen zustimmend äußern würde. Jeder Katholik hat darum auf Grund der klaren vatikanischen Konzilsentscheidung das Recht, solche Entscheidungen und Meinungen abzulehnen. Auch nach katholischen Moralgrundsätzen ist Gehorsam gegen sein eigenes Gewissen die oberste Richtschnur alles sittlichen Handelns. Bei einer unfehlbaren Entscheidung (des Papstes oder des mit ihm verbundenen Gesamtepiskopats) weiß zwar der Katholik aus dem Glauben, daß seine gegenteilige Meinung irrig ist und er wird sie unbedenklich aufgeben. Eine Gewissensentscheidung gegen eine unfehlbare Lehrerentscheidung der obersten kirchlichen Autorität kann es darum für den Katholiken wesensmäßig nicht geben.

Anders aber liegt die Sache bei Entscheidungen, die dogmatisch nicht den Charakter der Unfehlbarkeit haben, wie z. B. bei bischöflichen Kundgebungen, deren Worte nicht mehr gelten als ihre Gründe. Hier kann die Wahrheit auch auf der Gegenseite liegen und kein Katholik darf in diesem Falle seine Ueberzeugung und sein Gewissen im Sinne der Autoritätsmeinung vergewaltigen. Allerdings trägt er, wenn er bei seiner Auffassung beharrt und darnach handelt, für sich auch die Verantwortung. Nun hat der Katholik nicht nur in den feierlichen Lehrentscheidungen, sondern auch im „ordentlichen Lehramt" eine verpflichtende Lehrinstanz zu erblicken; aber nur insoweit es sich um die Feststellung und Auslegung des allgemein katholischen Glaubens handelt. Nicht aber, wenn Päpste oder Kongregationen ihre Privat- und Schulmeinungen äußern (viele Fälle wären hier aus der Kirchengeschichte zu melden); vor allem auch nicht, wenn einzelne Bischöfe Erlasse herausgeben und sogar eingreifen in den politischen Kampf.

Das aber ist der Fall bei den Kundgebungen einzelner Bischöfe gegen den Nationalsozialismus. Der Zentrums-Linksminister Dr. Wirth sagte am 20. Februar im Haushaltsausschuß: „Das Innenministerium richtet seine volle Aufmerksamkeit auf den Rechtsradikalismus. Organisatorisch ist geschehen, was geschehen konnte, um diesem Radikalismus geistig zu begegnen. **Wo sich Gelegenheit geboten hat, habe ich die kirchlichen Instanzen aller Konfessionen gebeten, sich mit den geistigen Strömungen des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Jetzt kann man schon beobachten, daß von der geistigen Seite her eine Auseinandersetzung mit diesem begonnen hat".** Also erfolgt auch der Kampf der Bischöfe gegen die NSDAP. auf Anregung und Wunsch des Linkspolitikers Wirth! Darum schrieb Kardinal Bertram in der Zentrumszeitung „Germania" seinen sonderbaren Artikel gegen den Nationalsozialismus. Der Erlaß der bayerischen Bischöfe stützt sich auf einen Vortrag des bayerischen Zentrumsführers Scharnagl. Aus Hessen werden Zusammenhänge berichtet zwischen der Zentrumspartei und dem Erlaß des Mainzer Bischofs, bezw. seines Generalvikars, der erklärte, daß es ihm neu sei, daß die NSDAP den christlichen Glaubensbekenntnissen besonderen Schutz angedeihen lasse (vgl. hierzu das Parteiprogramm, Kommentar von Feder S. 24). Der Augsburger katholische Pfarrer Dr. Haeuser erhält ein Redeverbot, weil er die Nationalsozialisten in ihrem „Wodanskult" unterstütze (!) und darum ein Streiter im Kampf gegen die Kirche sei!

(Auch die Form der kirchlichen Kritik am Nationalsozialismus ist bedenklich. Man ringt nicht nach Verständnis für diese gewaltige Bewegung, nichts Gutes wird an ihr anerkannt, noch kein liebendes gütiges Hirtenwort hat man für die Millionen katholischer Nationalsozialisten gefunden, man hat immer „im Sturm" angerannt, wo doch der Herr, „in sanftem Wehen und Säuseln" erscheint! Solche absolute Kritik und abstoßende Form verfängt nicht mehr bei erwachten Menschen, wirkt außerdem unwahr.

Infolge der Zusammenhänge zwischen jenen autoritativen Kundgebungen und einer bestimmten politischen Partei und infolge falscher Meinungen über das Wollen der NSDAP. können also auch diese Kundgebungen keinen allgemein verpflichtenden Charakter haben. Sind aber solche Erlasse nicht unfehlbar, so sogar einseitig, dann dürfen Gegengründe und Gegenmeinungen geäußert werden. Katholischer Glaube ist mit einer freimütigen Kritik bischöflicher Erlasse durchaus vereinbar. Die Ueberspannung der Autorität, nicht der Hinweis auf die Ueberspannung nützt die Autorität ab. Solcher Hinweis auf zu weitgehende Geltendmachung und Inanspruchnahme kirchlicher Autorität ist sogar notwendig und segensreich für die Kirche. Das beweist die ganze Kirchengeschichte und besonders auch die deutsche Geschichte bis herein zum Jahre 1918.

Seitdem ist der deutsche parteipolitische Katholizismus dogmenschöpferisch tätig: er vertritt praktisch die Unfehlbarkeit der Kirchenfürsten in kirchlichen und auch in politischen Dingen. In diese Front brauchen wir uns nicht zu stellen, bei allem Gehorsam gegen die wahren Dogmen und gegen die unfehlbaren Entscheidungen der Kirche. Die Vorstellung, daß der einzelne Bischof unfehlbar sei und in jedem Falle die Katholiken zu absolutem Gehorsam gegen die wahren Dogmen und gegen die unfehlbaren Entscheidungen der Kirche. Die Vorstellung, daß der einzelne Bischof unfehlbar sei und in jedem Falle die Katholiken zu absolutem Gehorsam verpflichten könne, dürfen wir nicht aufkommen lassen, denn sie ist wider das Dogma und wider die Erfahrungen der Geschichte. Damit mögen Zentrum (als Nutznießer der bischöflichen Kundgebungen) und nationalsozialistische Katholiken an weit auseinanderliegenden Flügeln des deutschen Katholizismus stehen, die letzteren stehen wenigstens fest auf seinem Boden.

Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die noch gesunden nationalen Kräfte im Zentrum sich doch noch durchsetzen werden und daß nach der Vernichtung des Marxismus das Zentrum sich uns anschließen wird zum Aufbau der deutschen Nation.

In der Heiligen Schrift wird uns erzählt, wie ein weiser Gesetzeslehrer Gamaliel im Hohen Rat sich erhob und sprach: „Ihr Männer von Israel! Ich rate euch: höret auf, die Apostel zu verfolgen! Denn wenn ihr Unternehmen bloß Menschenwerk ist, so wird es von selbst zerfallen; ist es aber aus Gott, so werdet ihr es doch nicht zerstören können." An diese Szene wird man erinnert, wenn man den Kampf einzelner deutscher Kirchenfürsten gegen die nationalsozialistische Bewegung verfolgt. Ob im Hohen Rat der deutschen Bischöfe sich ein Gamaliel finden wird?

Bücherecke.

Dr. Hjalmar Schacht: Das Ende der Reparationen. Im Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg i. O., erschien soeben die Buchausgabe des Werkes des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht: „Das Ende der Reparationen". Das Buch kostet steif kartoniert RM. 6.20, in Ganzleinen gebunden RM. 6.80 und ist in jeder Buchhandlung erhältlich. Mit Genehmigung des Verlages bringen wir aus dem Buche den nachstehenden Auszug:

Währungspolitik.

. . . . **Die Hilf- und Willenlosigkeit eines sozialdemokratischen Kabinetts** diesem schleichenden Kreditgift gegenüber brachte die Reichsbank noch einmal, sechs Monate später, in offenen Konflikt mit der Regierung. Den Ultimo November hatte der sozialdemokratische Reichsfinanzminister in letzter Minute mit Hilfe des Reparationsagenten noch einmal überbrücken können. Nun aber stand der schwere Jahresultimo drohend vor ihm. Mein Memorandum zum Youngplan vom 6. Dezember 1929 und das ständige Drängen nach einer Finanz- und Wirtschaftsreform hatte das Kabinett Hermann Müller endlich veranlaßt, dem Reichstag ein in allgemeinen Redensarten gehaltenes finanzpolitisches Feuilleton als Programm vorzulegen, woraufhin das Kabinett, einschließlich des Reichsfinanzministers, am 14. Dezember ein Vertrauensvotum des Reichstages erhielt. Am 16. Dezember 1929 ersuchte mich der Reichskanzler, die Regierung bei der „Ueberbrückung" des Dezemberultimos zu unterstützen. Er bezog sich darauf, daß der Reichsfinanzminister wegen eines neuen Auslandskredits in New York unterhandele und ersuchte mich, dabei mitzuwirken. Ich erklärte darauf, wie ich es vorher schon dem Finanzminister gegenüber getan hatte, daß die Reichsbank einen Auslandskredit für solche Zwecke als verhängnisvoll ansähe und ihre Unterstützung hierbei nicht leihen würde. Dagegen sei die Reichsbank bereit zu helfen, wenn der Reichstag ein Gesetz annehmen würde, wonach der für die Ueberbrückung des Jahresultimos benötigte Kredit von 350 Millionen Reichsmark spätestens innerhalb des nächsten Etatjahres entweder aus Steuererhöhungen oder aus ersparten Ausgaben in monatlichen Raten getilgt würde.

Noch am selben Abend fand eine Besprechung mit den Führern der Regierungsparteien statt, die die Bedingung der Reichsbank mit der Begründung ablehnten, daß der Reichstag vor den Weihnachtsferien ein solches Gesetz auch nur technisch zu erledigen nicht in der Lage sei. Ich erklärte darauf, es dem Reichsfinanzminister überlassen zu müssen, seine Kreditverhandlungen allein zu führen. Am 19. Dezember früh ließ mich der Reichskanzler in der gleichen Angelegenheit wiederum kommen, wobei sich die Unterhaltung vom 16. Dezember wiederholte. Am Abend fand wiederum eine Besprechung mit den Parteiführern statt, und was drei Tage vorher technisch nicht mehr möglich gewesen war, wurde nunmehr technisch möglich. Die von der Reichsbank gestellte Bedingung auf Errichtung eines Tilgungsfonds für den aufzunehmenden Ultimokredit im nächsten Etat wurde noch am selben Abend in Form eines Gesetzentwurfes (die sogenannte Lex Schacht) im Reichstag eingebracht und innerhalb von drei Tagen angenommen. Auf Grund dieses Gesetzes gelang es dann der Reichsbank, ein inländisches Bankenkonsortium zu veranlassen, die Regierung den benötigten Ultimokredit zur Verfügung zu stellen.

So war der Kampf, den die Reichsbank jahrelang um eine gesunde Währungspolitik geführt hatte, leider letzten Endes in einen offenen Konflikt mit der sozialdemokratischen Regierung ausgelaufen. Die nächste Folge war, daß der sozialdemokratische Finanzminister, dem noch genau acht Tage vorher der Reichstag das Vertrauen votiert hatte, vom Amte zurücktrat, weil seine Politik „durch Eingriffe von außen gestört" sei. Die weitere Folge war, daß in den nächsten Reden der Regierung energischere finanzpolitische Töne angeschlagen wurden. Am 7. Februar 1930 erklärte der neue Finanzminister: „Der elende Zustand des unwürdigen Vorgens zur Ueberwindung der Kassenschwierigkeiten muß ein für allemal ein Ende haben." Am 27. März 1930 trat das gesamte Kabinett Hermann Müller zurück, da eine Einigung über das Finanzprogramm unter den Regierungsparteien nicht zu erzielen war.

Daß die Reichsbank überall da, wo es währungspolitisch vertretbar war, der Regierung zu helfen und ihre schwierige Aufgabe zu erleichtern bereit war, davon hat jede Regierung seit der Stabilisierung der deutschen Währung Zeugnis ablegen können. Auch dem Kabinett Hermann Müller leistete die Reichsbank noch einen erheblichen Dienst, als sie Am 25. März 1930 mit einem amerikanischen Bankenkonsortium die Diskontierung der Zündholzmonopolanleihe vereinbarte, die das Reich mit dem schwedischen Zündholztrust abgeschlossen hatte. Die Reichsbank konnte dies ohne währungspolitische Bedenken tun, weil der Anleiheerlös fest ausbedungen war, so daß die Diskontierung lediglich eine Vorwegnahme des wenige Monate später sowieso hereinkommenden Auslandsgeldes bedeutete.

Das bürgerliche Kabinett der Mitte, das dem sozialistischen Kabinett Hermann Müller folgte, hat die Absicht bekundet, einen Wandel in der Finanzpolitik eintreten zu lassen. Wieweit Wille und Kraft dazu reichen werden, steht noch offen. Zweimal aber bereits innerhalb der ersten zehn Monate seiner Tätigkeit hat dieses Kabinett in noch viel größerem Ausmaß Kardinalfehler der sozialistischen Finanzpolitik wiederholt. Die Brücke über den Fluß ist wiederum zweimal vorgeschuht worden ohne Stützpunkt vom jenseitigen Ufer und hängt mit immer bedrohlicherer Spannung in der Luft. Im Oktober 1930 wurden 125 Millionen Dollar kurzfristiger Auslandskredit zur Deckung von Haushaltsdefiziten abgeschlossen. Im Januar 1931 wurde über einen zweiten Kredit in Höhe von 35 Millionen Dollar verhandelt. Beide Kredite fanden die Billigung der Reichsbank. Es ist bedauerlich, daß die Erkenntnis von der währungspolitischen Gefahr, die in diesen Krediten steckt, innerhalb so kurzer Zeit wieder verlorengehen konnte. Wann wird das deutsche Volk erkennen, daß man inländische Ausgaben nicht mit ausländischem Gelde bestreiten kann? Wann wird es die Kraft finden, seine Aufgaben durch Sparsamkeit aus eigenem zu finanzieren?

Volk und Raum. Nationalsozialistische Blätter für Zeit und Zukunftsfragen. Herausgeber: Hermann Merker und Hugo Pieper. — Soeben geht uns Heft 3 dieser Zeitschrift zu, und wir wollen nicht versäumen, unsere Leser auf diese Zeitschrift aufmerksam zu machen. In jener Nummer ist die deutsche Dauerkrise neben den Wirkungen der Tributverfklavung eine Folge der deutschen Raum- und Stoffnot — — — Gegenstand eingehender Untersuchung. Vor allen Dingen werden hier positive Vorschläge zur Lösung dieser Kernfragen gemacht. Der Aufsatz von Rudolf Böhmer, dem bekannten Verfasser des Buches: „Das Erbe der Enterbten". Z. B. begründet er die Kolonialansprüche in einer Art, die selbst in marxistischen Arbeiterkreisen volle Anerkennung finden wird. Von Bedeutung ist auch der Aufsatz von H. Pieper: „Arbeiterschaft und Heimatdienstpflicht". Auch hier sind alle die Argumente vorgetragen, die geeignet sind, das gegen den Nationalsozialismus stehende Mißtrauen zu beseitigen. Zur Niederringung des Marxismus ist die systematische Verbreitung positiver, überlegener Kenntnisse das wirkungsvollste Mittel.

„Die Brennessel", politisch-satirische Kampfschrift. Schriftleiter Karl Prühäußer. Zentralverlag der NSDAP. Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., München 2, NO., Thierschstraße 11. Preis des Einzelheftes 50 Pfg., im Abonnement für das 2. Vierteljahr (7 Folgen) 2,40 RM., zuzüglich 12 Pfg. Bestellgeld. — Die Folge 3 der „Brennessel" (Lenz-Nummer), die soeben zur Ausgabe gelangt, bringt als Einleitung ein „zeitgemäßes Lenzgedicht" nebst einem Titelbild, das die vergebliche Mühe, die Triebkraft des deutschen Frühlings zu hemmen, verspottet. Weiterhin wiederum ein äußerst gut gelungenes Bild eines sehr bekannten und „äußerst beliebten" Zeitgenossen; dann Abrüstungsfrühlings, wolken über deutschem Ackerland. Im aktuellen Teil wird Frankreich wegen seines neuen Negerministers liebevoll bedacht und das alte und leider ewig neue Lied der schwarz-roten Freundschaft erfährt eine neue Darstellung. Dann kommt der bekannte Erlaß der bayerischen Bischöfe an die Reihe; die Nummer wird ferner vervollständigt durch lustige Zeichnungen, Spottgedichte und heitere Geschichtchen. „Die Brennessel" erscheint infolge der großen Nachfrage, wie der Verlag bekanntgibt, ab 1. April vierzehntägig. Eine besondere Einlage mit besonderem Inhalt empfehlen wir allen unseren Lesern zur freundlichen Beachtung.

Verlangen Sie in allen Gaststätten die B. N. Z.

Konsul Bernhard
legt das Präsidium der Bürgerschaft nieder!
Zugleich verläßt die Fraktion demonstrativ die Sitzung.

Die Vorgänge, die zu diesem Schritte geführt haben, dürften zum Teil bekannt sein. Die Bremer Bevölkerung brachte durch die Wahl am 30. 11. 1930 zum Ausdruck, daß sie keine Marxisten in der Regierung mehr wünscht. Dem entsprechend ging unsere Fühlungnahme dahin, daß die D.V.P., die sich stets als „national" bezeichnet, endlich dem Willen der Bevölkerung gerecht wird und Schluß macht mit dem Liebäugeln nach links. Aber weit gefehlt. Durch das schwankende Verhalten der Volkspartei fühlte sich die S.P.D. kräftig und lies sich von der ersten Sitzung an, in sich immer steigender provozierender Form gegen die N.S.D.A.P. aus. Aber an der Disziplin der nationalsozialistischen Fraktion scheiterte das Vorhaben der S.P.D., nämlich unsere Fraktionsmitglieder zu Unbesonnenheiten zu verleiten. Jedoch auch unsere Geduld war zu Ende, als die S.P.D. in der Sitzung vom 6. 3. 1931 wiederum die unglaublichsten Verleumdungen gegen unsere Partei vorbrachte. In dieser Sitzung erfolgte von unserem Fraktionsmitglied Brandt der Zwischenruf „Landesverräterpartei". Diese politische Feststellung beantwortete der S.P.D.-Fraktionsführer Theil mit einer echt marxistischen Flegelei, und zwar erst nach geraumer Weile, indem er die gesamte nationalsozialistische Fraktion — einschließlich Präsidenten — als Lausejungen bezeichnete. Als dann später unser Fraktionsführer Thiele der Bürgerschaft die gerichtsnotorische Feststellung des Landesverrates der S.P.D. aus dem Magdeburger Prozeß zur Kenntnis brachte, schritt die S.P.D. zu Tätlichkeiten. Wir stellen ausdrücklich fest, daß die Tätlichkeiten ein noch im Dienste befindlicher Polizeibeamter (Koch) eröffnete. Ueber die im Bremischen Parlament noch nie dagewesene unerhörte persönliche Beleidigung des Präsidenten, sowie unserer sämtlichen Fraktionsmitglieder setzte sich die S.P.D. hinweg und verlangte von uns obendrein, daß wir den zu Recht gemachten Vorwurf „Landesverräterpartei" zurücknehmen sollten. Um Mißverständnisse auszuschalten, gab unser Pg. Thiele die Erklärung ab, daß er nicht beabsichtigt hatte, den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert zu beleidigen. Eine Zurücknahme des Vorwurfes Landesverräterpartei kann jedoch nicht erfolgen, da wir außer den bereits oben erwähnten Dokumenten hunderte von Beweisen erbringen können.

Die Absicht der SPD. war klar. Sie wollte absichtlich aus dieser Sachlage einen Konflikt konstruieren zwischen dem Präsidenten und seiner Fraktion. Darin aber hatte sich die SPD. verrechnet, denn die Ehre der Deutschen Freiheitsbewegung steht unserem Präsidenten Konsul Bernhard höher als das ehrenvolle Amt. Dafür allerdings haben wir bei der SPD. kein Verständnis vorausgesetzt, denn der SPD. ist im Laufe der Zeit — durch Barmat, Kutisker, Sklarek und Heilmannaffären — auch der letzte Funke von Ehrgefühl abhanden gekommen.

Die Volkspartei aber mag sich nunmehr entscheiden, ob sie weiterhin mit der Partei eines Crispien gehen will, der den landesverräterischen Satz geprägt hat: „ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt".

Wir Nationalsozialisten gehen jedenfalls unseren geraden Weg konsequent weiter gegen den Marxismus für ein freies Deutschland des nationalen Sozialismus.

Der Kuhhandel blüht!

Nachdem gestern nachmittag Reichskanzler Brüning wieder einmal mit dem Führer der Sozialdemokratie Breitscheid, Wels und dem Juden Hertz „verhandelt" oder besser gesagt, „gehandelt" hatte, folgte im Reichstag die Abstimmung über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Vorher wurde der Auswärtige Etat angenommen, wobei der Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen Curtius abgelehnt wurde.

Unter Ablehnung zahlreicher kommunistischer Aenderungsanträge fanden zum großen Teil mit einer Mehrheit aus Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die bürgerlichen Parteien, Ausschußentschließungen Annahme, die u. a. einen Gesetzentwurf verlangen, der „zur Entlastung des Arbeitsmarktes" die 40-stündige Arbeitswoche vorschreibt.

Ferner wurde eine Ausschußentschließung angenommen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, der die Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und die Anmeldung offener Stellen zur zwingenden Vorschrift macht.

Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, 3 Millionen Mark für Zwecke der Kinderspeisung bereitzustellen und die Deckung dafür aus der Erhöhung der Aufsichtsratssteuer (Millionärsteuer") zu entnehmen, betont Abg. Dr. Cremer [DVP.), daß es sich hier um einen sogenannten Finanzantrag handele, auf den die neue Geschäftsordnung Anwendung finden müsse.

Präsident Löbe erklärt dabei, daß die Auslegung der neuen Geschäftsordnungsbestimmung noch strittig sei. Eine Klärung müsse bis zur dritten Lesung erfolgen; dann erst könne über alle Anträge dieser Art endgültig entschieden werden.

Wir erleben es also, daß die neue Geschäftsordnung gegen die Sozialdemokratie nicht angewandt wird, weil sie nur zur Mundtotmachung der nationalen Opposition beschlossen worden ist.

Ein volksparteilicher Antrag auf Zurückstellung des sozialdemokratischen Antrages bis zur dritten Lesung wurde schließlich im Hammelsprung mit 178 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Der Millionärsteuer-Antrag selbst wurde darauf mit ähnlichem Stimmenverhältnis angenommen.

Nationalsozialisten vogelfrei!

Dem Geschäftsordnungsausschuß des Preußischen Landtages sind drei Anträge auf Genehmigung zur Durchführung von Klagen wegen angeblicher Beleidigungen zugegangen. So sollen unser Pg. Lohse, M. d. L., den Chefredakteur Wurbs in Kiel, den Hauptmann a. D. Fleck in Altona, Pg. Hinkler den Kaufmann Hirschfeld beleidigt haben.

Bei der jetzigen Zusammensetzung des Preußischen Landtages und somit auch des Geschäftsordnungsausschusses ist mit einer Auslieferung auch dieser beiden Parteigenossen an die rote Justiz zu rechnen.

Scharfer Kurs.

Zahlreiche Verbote und Verfolgungen.

Die tschechische Regierung wird bei dem immer deutlicher in Erscheinung tretenden mächtigen Anwachsen der Nationalsozialisten auch in den sudetendeutschen Gebieten, offenkundig nervös. So hat sie vor einigen Tagen eine Kundgebung der Nationalsozialisten in Karlsbad, bei der Abg. Krebs sprechen sollte, verboten. Versammlungen des nationalsozialistischen Senators Teschner im Saazer Gebiet wurden untersagt. Im Böhmerwald sind die Versammlungen der Nationalsozialisten ebenfalls verboten worden. Tagtäglich werden die nationalsozialistischen Zeitungen beschlagnahmt und erscheinen mit großen weißen Flecken. Dennoch waren die Kundgebungen für die sudetendeutsche Autonomie, die am vergangenen Sonntag stattfanden, von vielen Zehntausenden besucht, und die Bewegung marschiert mächtig weiter, nicht nur in den Industriegebieten, sondern auch in den Landgemeinden, wo bisher der regierungsfromme Landbund die Alleinherrschaft mit den Marxisten teilte.

*

Die Vorträge des Wiener Nationalsozialisten Dr. Walin den sudetendeutschen Gebieten verboten. — Allgemeines Rednerverbot gegen Nationalsozialisten aus den deutschen Staaten.

Die sudetendeutschen Nationalsozialisten hatten den Wiener Rechtsanwalt Dr. W. Riehl, zu einer Vortragsreihe eingeladen, bei der er über die politische Entwicklung Deutschösterreichs seit der Revolte von 1918 und über die österr. nationalsoz. Bewegung sprechen sollte. Alle diese Vorträge in Reichenberg, Aussig, Eger, Karlsbad, Komotau Tetschen-Bodenbach, Teplitz-Schönau und Gablonz wurden von der tschechischen Regierung verboten. Wie wir erfahren, ist von der Prager Regierung ein allgemeines Rednerverbot für Nationalsozialisten aus Deutschland und Oesterreich erlassen worden. Die Sozialdemokraten dürfen natürlich in den sudetendeutschen Gebieten sprechen. Sie sind ja ebenso treue Diener der Tschechoslowakei, wie sie es Frankreich und dem Finanzkapital gegenüber sind. Und solchen Herrschaften ist natürlich die tschechoslowakische Republik außerordentlich zuvorkommend. Man hat von ihnen ja garnichts zu fürchten — im Gegenteil . . . . .

Zur Konfirmation empfehlen:

Frühjahrshüte
kauft die Dame preiswert bei
Bewie
Pelzerstrasse 4

Bäckerei
Fr. Heuer
a. d. Kuhlen 14
Conditorei

Koffer-, Lederw.- Fachg.
Karl Budde
Sattlermeister
v. d. Steint. 26 Hansa 41715
Reparaturen werden fachm. ausgeführt

Molkereiprodukte
Butter Eier Käse Wurstwaren
Pg. L. Schreiber
Verkaufsstand: Domshof (Hauptreihe) u Hohentorsheerstr 103

Sie müssen es sich wirklich einmal überlegen, ob die Vorteile eines Eigenheims, also
gesundes und wirtschaftliches Wohnen
auch für Sie erreichbar sind. Auch wenn Sie heute noch kein Kapital zur Verfügung haben, können Sie daran denken, sich ein Häuschen zu errichten. Schließen Sie bei der
Sparkasse in Bremen
einen Bausparvertrag ab! Wir geben Ihnen gern jede gewünschte Auskunft.
Bausparkasse der Sparkasse in Bremen

Deutsche Bücher
Hitler, Mein Kampf,
Geschichte eines Hochverräters, Hitler, Eine deutsche Bewegung, So wurde ich Nationalsozialist.
Pg. A. Tiemann
Pelzerstraße 12/13

Geislinger Patentbestecke
und
Konfirmations-Geschenke
in den billigsten Preislagen.
John D. Behrens
Domshof 12
Filiale: Steffensweg 29
Fabriklager der Württ Metallwarenfabrik.



Bürmann's Reinluft-Kaffee
mit Rabattmarken in allen Paketen

A. Gast
Das Haus für gute Uhren
Schmuck Trauringe Bestecke
Ecke Brücken- u. Osterstraße

Echt Ammerländische Schinken
und Fleischwaren empfiehlt
Pg. Harbert A. Ulland
Bad Zwischenahn i. O.

Blumen Görres
Landwehrstr. 141.
Fernruf: Roland 1963.

Prima Kalbsbraten
Lammkeulen und Rücken
Ochs- und Schweinebraten
Wurst u. garnierte Schüssel
zu den billigsten Tagespreisen.
Otto Conradt
Großschlachterei u. Fleischwaren-Fabrik -:- Falkenstrasse 35a.
Telefon Roland 5693.

Decken Sie Ihren Bedarf bei unseren Inserenten

Schirm-Dubuisson
Ostertorsteinweg 102 I. Etage
Haltestelle Sielwall
Kunstseid. Damenschirme 6.30
Das ist Preisabbau!

Bremer Land Radio
Schüsselkorb 32|33
Kompl. Radio-Anlagen
Sprechapparate
Schallplatten

Aussteuerwaren
und Wäsche
liefert in guter u. preisw. Qualität
F. A. Hasenbein Nachf.
Inh.: Pg. Rohdenburg
Ostertorsteinweg 106

Warenhäuser und Konsumvereine sind die Totengräber des deutschen Volkes!